Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

C 21246 E

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 7 August 1970 4. Jahrgang Preis 1,– DM

Der Kampf um die proletarische Linie

„Unsere Partei steht noch in ihren ersten Anfängen. Um ihre Aufgaben als marxistisch-leninistische Partei in unserem Land in dieser Epoche erfüllen zu können, muß sie konkret für unsere Situation die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung leisten. Da wir augenblicklich weder eine marxistisch-leninistische Analyse des heutigen Monopolkapitalismus noch eine richtige Klassenanalyse Deutschlands besitzen, wird deren Ausarbeitung zur absoluten Notwendigkeit."

Plattform des ZK der KPD/ML,
RM März/April 1970

Die KPD/ML ist eine junge Partei, eine Partei in der Phase der Gewinnung des bewußtesten Teils der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Wichtige Fragen der proletarischen Revolution in Deutschland sind gegenwärtig noch ungelöst. Was bedeutet in dieser Phase die Veröffentlichung der oben zitierten Plattform des ZK, in der der Entwicklungsstand der Partei korrekt bestimmt ist und die Hauptaufgaben festgelegt werden?

Die Plattform ist die systematische Zusammenfassung der in der Praxis gewonnenen bisherigen Erfahrungen der gesamten Partei, ihre Verallgemeinerung mit dem Ziel, die dadurch gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis zurückzuführen.

Dieser Prozeß ist eben die Entwicklung und Konkretisierung der marxistisch-leninistischen Linie der Partei.

Insofern stellt die Plattform des ZK einen äußerst wichtigen Schritt in der Entwicklung der KPD/ML zur bolschewistischen Partei dar. Gerade das hat eine Handvoll Opportunisten, die sich, nachdem sie aus der Partei ausgetreten sind, als „K"JVD zusammengetan hat, nicht begriffen. Diese Gruppe führte dauernd die „Theorie-Praxis-Dialektik" im Mund, und zeterte hier, das ZK würde die Praxis liquidieren (Fraktionisten in NRW), dort, das ZK würde die Theorie liquidieren (Fraktionisten in Hamburg). Ihre Ansichten zur Theorie und Praxis hatten zwar nichts als einen bedenklichen Grad von Verworrenheit gemein, ihr unmittelbares Ziel jedoch war überall das gleiche: nämlich, das ZK und damit die Partei zu liquidieren.

Es ist äußerst wichtig festzuhalten, daß die Plattform gerade auch in der Auseinandersetzung mit diesen Opportunisten, im Kampf zweier Linien, entstanden ist. Der nachfolgende Bericht kennzeichnet die Entwicklung der opportunistischen Linie in der Partei, einer Linie, auf der sich alle denkbaren rechten und „linken" Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zusammengefunden haben, die durch nichts als ihre gemeinsame Parteifeindlichkeit zusammengehalten werden. Und er benennt die bestimmende Tendenz der opportunistischen Linie, nämlich den Revisionismus.

Wie Stalin sagt, werden Festungen am leichtesten von innen genommen. Dieser Erkenntnis haben sich die Revisionisten nie verschlossen. So bestand auch ihre hauptsächliche Taktik im Kampf gegen die KPD/ML in dem Versuch, innerhalb der Partei ein bürgerliches Hauptquartier aufzubauen und sie von dorther zu zersetzen. Der Kopf der Revisionisten in den Reihen der KPD/ML, Willi Dickhut, ehemaliger 1. Sekretär des LV NRW, führte diesen Kampf gegen die sich entwickelnde marxistisch-leninistische Linie im wesentlichen mit zwei Mitteln.

1. Er setzte bei den ungelösten Fragen an (Gewerkschaften, 2.-Juni-Bewegung etc.), versuchte ihre korrekte Analyse zu verhindern und statt dessen die Partei immer mehr auf revisionistische Positionen festzulegen, die dann formal festgehalten und für verbindlich erklärt werden sollten. (Ein wahres Meisterstück revisionistischer Taktik ist der weiter unten angeführte Änderungsvorschlag zum Statut der KPD/ML).

2. Er gab die Parole aus: „Wenn wir diese organisatorischen Dinge nicht bald meistern, wird unsere Partei Schiffbruch erleiden. Das kenne ich von früher." Das ist wahrhaft die Politik, die Ideologie, die Taktik „von früher", d. h. der „K"PD! Statt Bolschewisierung Bürokratisierung der Partei! Der Prozeß der Entwicklung und Konkretisierung der korrekten marxistisch-leninistischen Linie sollte verhindert, der demokratische Zentralismus liquidiert werden durch den Aufbau eines bürokratischen Wasserkopfes, dessen „Hirn" natürlich das bürgerliche Hauptquartier unter Dickhut & Co. sein sollte.

Der Prozeß der Fraktionierung setzte in dem Augenblick ein, als die Versuche der Revisionisten, die Partei von innen zu erobern, am Widerstand der ZK-Genossen und des LV NRW scheiterten. Erst jetzt gingen die Dickhut-Leute auf Spalterkurs und sammelten alle diejenigen kleinbürgerlichen Elemente innerhalb und außerhalb der Partei, deren „Linie" sich hauptsächlich in der Ablehnung des demokratischen Zentralismus überhaupt oder in einem (oft stark persönlich gefärbten) Haß gegen das ZK erschöpfte. Dieser willkürlich zusammengeschusterte April-Block namens „K"JVD, der im wesentlichen aus „anarcho-maoistischen" Grüppchen, kleinbürgerlichen Individualisten wie der Hamburger Schütt-Dohus-Clique, ehemaligen SDS-Häuptlingen trotzkistischer Couleur (B 1 Bochum) und wahrscheinlich bald einer Abspaltung des „K"AB/ML besteht, durchläuft immerhin einen Prozeß ideologischer Vereinheitlichung; er handelt sich, wie das „theoretische" Organ des Blocks, „Bolschewik", und seine ökonomistische „Praxis" beweist, immer mehr den Positionen seiner revisionistischen Anführer an. Deren politische Linie ist allerdings im Gegensatz zu der ihrer Verbündeten klar und nicht im geringsten schwankend:

Sie versuchten die KPD/ML zu zersetzen und scheiterten, sie versuchten die Partei zu spalten und scheiterten abermals. Konsequent tarnen sie jetzt ihr bürgerliches Hauptquartier, indem sie den Namen „KPD/ML" okkupieren. Ihre objektive Funktion ist die gleiche geblieben: als Agenten des Revisionismus und damit als Handlanger der Bourgeoisie Unruhe und Verwirrung zu stiften in der marxistisch-leninistischen Bewegung Deutschlands.

Die KPD/ML, die im Kampf gegen den Revisionismus in ihren Reihen, im Kampf gegen die Opportunisten aller Schattierungen, d. h. im Kampf um die proletarische Linie, einen entscheidenden Sieg errungen hat, muß in Zukunft die Wachsamkeit erhöhen, um parteischädliche Elemente sofort ausfindig und unschädlich zu machen.

Wir Marxisten-Leninisten tragen eine große Verantwortung gegenüber der deutschen Arbeiterklasse. Wir dürfen nicht zulassen, daß die deutsche Arbeiterklasse noch einmal solche Niederlagen wie 1918 und 1933 erleidet. Jeder Fehler, der heute gemacht, aber nicht sofort korrigiert wird, kann sich eines Tages mit solch einer Härte rächen, daß es große Opfer kosten wird, die Angriffe des Feindes abzuwehren. Wir sind keine Revisionisten, die unsere Sache bedingungslos dem Klassenfeind ausliefern, wir sind keine „Anarcho-Maoisten", die in abenteuerlicher Weise den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gefährden. Wir sind Marxisten-Leninisten, und wir werden jedem Angriff, von welcher Seite er auch kommen mag, mit schonungsloser Härte begegnen.

Die September-Beschlüsse

Am 6./7. September 1969 faßt das ZK der KPD/ML auf Antrag des Genossen Willi Dickhut aus NRW einen Beschluß, in dem es hieß:

„Auf unbestimmte Zeit ist eine Kandidatensperre für Studenten, Schüler und Lehrkräfte die Regel.

Fortsetzung Seite 2

Schillers neuestes Gedicht:

Lohnsteuer „voraus" zahlung

Schiller hatte vor der Bundestagswahl versprochen, für „soziale Symmetrie" zu sorgen. Symmetrisch sind z. B. zwei gleich lange Stuhlbeine. „Soziale Symmetrie" soll heißen: Kapitalisten und Arbeiter werden vom Staat völlig gleich behandelt.

„Soziale Symmetrie"

Was „soziale Symmetrie" wirklich ist, sehen wir jetzt mal wieder: Schiller und Konsorten brummen den Arbeitern und Angestellten ab August 10 % mehr Steuern auf, soweit ihre bisherigen Steuern mehr als 100 DM im Monat betragen (bei denen, die weniger aufbringen, lohnt sich eine Erhöhung nicht). Betroffen sind davon rund 60 % aller Lohnabhängigen, während die übrigen 40 % so wenig verdienen, daß sie nicht in Frage kommen (vgl. Tabelle).

Bruttomonatslohn (in DM)	bisher gez. Steuern (in DM)	Konjunktur-Zuschläge (in DM)	Lohnsteuergruppe
815,—	100,—	+ 10,—	Ledige
1000,—	139,—	+ 13,90	bis zu
1500,—	270,90	+ 27,09	50 J.
957,—	100,—	+ 10,—	Verh.
1197,—	150,—	+ 15,—	ohne
1500,—	204,10	+ 20,41	Kinder
1057,—	100,—	+ 10,—	Verh.
1125,—	113,—	+ 11,30	mit
1500,—	185,10	+ 18,51	1 Kind
1197,—	100,—	+ 10,—	Verh.
1250,—	111,—	+ 11,10	mit
1500,—	158,50	+ 15,85	2 Kindern
1345,—	100,60	+ 10,60	Verh. mit
1500,—	130,—	+ 13,—	3 Kindern
675,—	100,—	+ 10,—	Ehefr.

Die Kapitalisten sollen etwas weniger an Abschreibungen vornehmen können. Während jedoch die Lohnabhängigen bis zum 30. Juni 1971 (also nur 11 Monate) zu den Mehrabgaben verpflichtet werden sollen, gilt die Einschränkung der Steuervergünstigung für die Unternehmer nur für insgesamt 7 Monate. Da sie jedoch lange vorher informiert waren, hatten diese Herrschaften natürlich genug Zeit, um ihre Abschreibungen vorzuziehen, bzw. sie können damit warten bis die 7 Monate um sind. Die Unternehmer werden also nur pro forma mitbelastet. **Sie haben im Grunde genommen nichts zu bezahlen, die Arbeiter und Angestellten blechen mal wieder alles allein.**

Leere Versprechungen

Auch die Erhöhung des Lohnsteuer-Freibetrages auf 480 DM soll erneut hinausgeschoben werden. Offenbar wegen der Streikwelle im September vorigen Jahres hatte die SPD dieses Wahlversprechen gegeben, um dann den Termin vom 1. Januar 1970 auf den 1. Juli 1970, von da auf den 1. Januar 1971 und nun auf den 1. Juli 1971 zu verschieben. **Und bis dahin wird die SPD bestimmt wieder einen Grund gefunden haben, warum es dann auch nicht geht, um sie dann vielleicht für die Wahl 1973 zu versprechen.**

Schiller und seine Kumpane behaupten nun, daß wir das zwangsentliehene Geld bis zum 31. März 1973 zurückbekämen. Natürlich unverzinst und ohne entsprechenden Inflationsaufschlag! Die Behauptung, daß durch diese Lohnsteuer-„voraus"zahlung ja gerade die Inflation gestoppt würde, ist einfach eine Lüge. Schiller selbst „hofft", den Preisanstieg im nächsten Jahr unter 3 % drücken zu können, d. h. er gibt zu, daß das Geld wenigstens um diesen Prozentsatz weniger wert wird.

Auch das Beispiel der USA lehrt uns, wie wenig ein solcher Zwang zu Konsumverzicht bewirkt: 1967 hatte US-Präsident Johnson eine Erhöhung der Lohnsteuer für unsere amerikanischen Kollegen um 10 % damit begründet, daß auf diese Weise die Betroffenen gezwungen sind, weniger zu kaufen, und daß dadurch die Inflation beendet würde. Ergebnis: die Kaufkraft des Dollars ist jährlich um 10 % gesunken!

ZÜND  **KERZE**

Betriebszeitung der roten Opel-Betriebsgruppe (RBG) der KPD/ML

Dieser Artikel erschien in Nr. 3/1970 der Zündkerze

SPD – Handlanger der Kapitalisten

Schiller tut so, als wären unsere Löhne so hoch gestiegen, daß wir jetzt sparen könnten. Das eingesparte Geld soll inzwischen dazu dienen, den Bauunternehmen zu höheren Profiten zu verhelfen. Das nennt die Regierung dann großartig „Gemeinschaftsaufgaben"! Wie beim 312-DM-Gesetz soll also auch hier durch Zwangssparen „Vermögen" gebildet werden, welches den Kapitalisten über die Krise helfen soll.

Fortsetzung Seite 2

Ausnahmen beschließt jeweils das ZK."

Dieser Beschluß stieß nach seiner Veröffentlichung sofort auf Kritik in der Partei. Bereits auf der nächsten ZK-Sitzung am 8./9. November 1969 lagen dem ZK 3 ablehnende Stellungnahmen aus den Ortsverbänden — auch solchen mit überwiegend proletarischen Genossen — vor. In der Westberliner Kritik wurde der Vorschlag gemacht, diesen als schematisch kritisierten Beschluß durch folgenden Passus zu ersetzen:

„In der gegenwärtigen Situation ist die Gefahr besonders groß, daß kleinbürgerliche Elemente in die Partei eindringen und dort Verwirrung stiften. Solche Elemente wollen die Partei von ihrer Aufgabe abhalten, das Proletariat zum revolutionären Kampf zu erziehen und in diesem Kampf die Führung zu übernehmen, statt dessen wollen sie aus der Partei einen sektiererischen und undisziplinierten Haufen machen. Alle Grundorganisationen der Partei müssen diese Gefahr sehen und durch richtige Maßnahmen bekämpfen. Dabei ist eins besonders wichtig: Bei der Bestimmung von neuen Kandidaten und Mitgliedern muß besonders vorsichtig vorgegangen werden. Über die politische Arbeit jedes einzelnen Genossen, der Kandidat oder Mitglied werden will, sind genaue Untersuchungen anzustellen. Diese Untersuchungen müssen bei solchen Genossen besonders ausführlich sein, die nicht sowohl ihrer Ausbildung als auch ihrer augenblicklichen Tätigkeit nach als Proletarier anzusehen sind."

Dies wörtlich, um ein für allemal klarzustellen — was in der Folge immer wieder behauptet wurde —, die Westberliner Genossen hätten die Absicht, die Partei zu einer Intellektuellenpartei zu machen. Sie kritisierten weiter: „Aufgrund welcher marxistisch-leninistischen Analyse werden nicht alle Kleinbürger, sondern nur ‚Lehrkräfte' gesperrt?" Eine berechtigte Frage, denn in der Folge sollte sich zeigen, daß zum Beispiel in Hamburg Gefahr nicht von Studenten und Lehrkräften, sondern von Schütt (ein ehemaliger Feinkosthändler und jetziger Taxifahrer) und Debus (ein kaufmännischer Angestellter, ehemaliger stellvertr. Vorsitzender der nationalistischen AUD-Gruppe, kam, die, obwohl ihre schwankende Haltung bekannt war, in die Partei aufgenommen wurden.

Zusammengefaßt lautet die Kritik: das entscheidende Kriterium für die Aufnahme des Genossen in die Partei ist seine marxistisch-leninistische Ideologie und sein Klassenstandpunkt und nicht seine Klassenherkunft. Wir brauchen Genossen mit proletarischer Ideologie und proletarischem Klassenstandpunkt. Es wäre unmarxistisch und unleninistisch, einen mechanischen Zusammenhang zwischen der Klassenherkunft und der Ideologie anzunehmen.

Willi Dickhuts revisionistische Taktik

Der Genosse W. D. versuchte seinen abweichenden Standpunkt auf der ZK-Sitzung 8./9. November 1969 damit zu begründen, daß er das Beispiel einer Aufnahmesperre in der KPdSU Mitte der dreißiger Jahre anführte. Hieran zeigt sich geradezu typisch die Methode oder besser gesagt, die Unsitte, den eigenen falschen Standpunkt mit dem Zitieren von Klassikern, in diesem Falle Stalin (Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag), zu begründen, ohne zu untersuchen, ob das angeführte Zitat oder Beispiel auf die zu untersuchende Situation auch paßt.

Als in der KPdSU die Aufnahmesperre (übrigens generell und nicht nur für Studenten, Schüler und Lehrkräfte) beschlossen wurde, war die Partei an der Macht. Gleichzeitig mit der Aufnahmesperre erfolgte eine Säuberung der Partei. Warum? Nach der siegreichen Oktoberrevolution hatten sich Karrieristen, Leute, die sich ein Pöstchen erhofften, materielle Vorteile versprachen, Opportunisten aller Schattierungen in die Partei eingeschlichen. Sie galt es hinauszusäubern. Stalin stellte sehr richtig fest: „Die Partei wußte sehr wohl, daß ihre Stärke nicht nur in der Zahl, sondern vor allem in der Qualität ihrer Mitglieder besteht."

Das gilt auch für uns! Nicht so sehr die Zahl, sondern die Qualität der Mitglieder unserer Partei ist entscheidend. Das heißt: unbedingte Anwendung der bolschewistischen Kaderkriterien. Damit aber hatte W. D. gar nichts im Sinn. Deshalb schlug er in einem Statutenänderungsvorschlag vor, die Kandidatenzeit fortfallen zu lassen. Oder wie es wörtlich in seinem „Revolutionären Weg" Nr. 4 heißt: „Man kann sich natürlich streiten, ob es richtig war, zunächst einmal jeden aufzunehmen, der gewillt war, Mitglied zu werden."

Eben darüber läßt sich nicht streiten, wenn wir nicht in die Praktiken der revisionistischen D„K"P verfallen wollen, die jeden aufnimmt, der gewillt ist, Mitglied ihres Vereins zu werden. Diese revisionistische Tendenz zeigte sich auch an anderer Stelle seines Statutenänderungsvorschlages, in dem er vorschlägt, folgende Änderungen (Zusätze in Klammern) aufzunehmen: „Die Partei kämpft unermüdlich für die Einheitsfront aller Arbeiter (und der linksgerichteten Studenten) als wichtigsten Hebel (im Kampf zur Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte und deren Erweiterung als günstigen Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und imperialistische Kriegstreiber und für die Verbesserung der Lage der werktätigen Massen) . . ."

Wer aber sagt uns, daß die Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte der günstige Boden für den Sozialismus sei? Die D„K"P! Überhaupt, sein Verhältnis zur D„K"P/„K"PD zeigt immer wieder, daß er sich zwar in Grundfragen wie beispielsweise der des sogenannten „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" von dieser Partei getrennt hat, ansonsten aber immer noch unkritisch mit revisionistischen Begriffen wie „sozialistisches Lager", „Friedensbewegung", „wissenschaftlich-technische Revolution" usw. (RW 1 und RW 2) operiert oder schreibt: „Aus diesem Beispiel sollte die DKP ihre Lehren ziehen, wenn sie noch dazu fähig und willens ist."

Die November-Sitzung des ZK

Auf der November-Sitzung des ZK ergaben sich folgende zwei Standpunkte:

1. die Einhaltung der proletarischen Linie in der Partei ist durch die September-Beschlüsse „Aufnahmesperre für Studenten, Schüler und Lehrkräfte" nicht zu gewährleisten. Sie berücksichtigen nicht, daß beim Aufbau einer bolschewistischen Partei die Klassenherkunft der Revolutionäre zeitweise in den Hintergrund tritt. Daß das entscheidende Kriterium für den Eintritt eines Genossen in unsere Partei seine proletarische Ideologie und sein proletarischer Klassenstandpunkt ist.

Das heißt jedoch nicht, daß die Klassenherkunft eines Genossen unbedeutend ist und ein Freibrief für den Eintritt von Studenten und Intellektuellen in der Partei. Die Erfahrungen der Vergangenheit (Revolution 1905 in Rußland) haben bewiesen, daß die Partei nur dann die Führung der Massenkämpfe innehaben kann, wenn ihre Kader in den Massen verankert, Proletarier sind. So ist schon jetzt das Hauptaugenmerk der Partei auf die Heranbildung fortgeschrittener Arbeiter zu Kadern zu richten. Während revolutionäre Studenten und Intellektuelle durch eine längere Kandidatenzeit beweisen müssen, daß sie bereit und willens sind, sich mit dem Proletariat eng und ohne intellektuelle Überheblichkeit zu verbinden, daß sie den Bruch mit ihrer Klasse konsequent und unwiderruflich vollzogen haben.

Das ZK weist deshalb die September-Beschlüsse zur gründlichen Diskussion in die Grundeinheiten zurück. Dies war der Standpunkt der Mehrheit des ZK.

2. die Minderheit, der Genosse W. D., vertrat den Standpunkt, daß die September-Beschlüsse richtig seien und daß das ZK keinesfalls einen einmal gefaßten Beschluß erneut zur Diskussion stellen dürfe, da es dadurch seine Unfähigkeit beweise. Er trat aus dem ZK (in das er im Juli 1969 kooptiert worden war) aus „Altersgründen" zurück.

Wie unehrlich diese Haltung W. D.s war, sollte sich später beweisen.

Was den Einwand betrifft, das ZK dürfe keinesfalls einmal gefaßte Beschlüsse, die es als falsch erkannt hat, erneut zur Diskussion stellen bzw. aufheben, sei der Genosse Stalin zitiert. Er sagte:

„Manche sagen, es sei für die Partei gefährlich, die eigenen Fehler aufzudecken und Selbstkritik zu üben, da das vom Gegner gegen die Partei des Proletariats ausgenützt werden könne. Lenin hielt solche Einwände für unernst und völlig falsch."

Und er zitiert Lenin:

„Sie (d. h. die Gegner der Marxisten, J. St.) feixen und sind schadenfroh über unsere Streitigkeiten; sie werden sich natürlich bemühen, einzelne Stellen aus meiner Broschüre, die den Mängeln und Unzulänglichkeiten unserer Partei gewidmet ist, für ihre Zwecke aus dem Zusammenhang zu reißen. Die russischen Sozialdemokraten haben bereits genügend im Kugelregen der Schlachten gestanden, um sich durch diese Nadelstiche nicht beirren zu lassen, um dessen ungeachtet ihre Arbeit — Selbstkritik und rücksichtslose Enthüllung der eigenen Mängel — fortzusetzen, die durch das Wachstum der Arbeiterbewegung unbedingt und unvermeidlich ihre Überwindung finden werden."

W. D., nach seinem Ausscheiden aus dem ZK immer noch Landesvorsitzender von Nordrheinwestfalen, zeigte sich in der Folge — trotz seines Alters (68) — recht kregel. Er, der das ZK für fähig hielt, solange er Mitglied desselben

Fortsetzung Seite 3

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten.

2 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider. Druck: I. Schneider — alle Hamburg.

Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis DM 1,—. Jahresbezugspreis: DM 11,— (einschließlich Porto)

Lohnsteuer „voraus" zahlung

Die „soziale Symmetrie" der SPD läuft also wiederum auf eine eindeutige Begünstigung der Kapitalisten hinaus. Die klassenbewußten Arbeiter begreifen auch an diesem Beispiel, daß die SPD eine Partei der Kapitalisten ist.

Wie nun verhalten sich die Gewerkschaften? In der Zeitung lesen wir, sie hätten die SPD vor dieser Maßnahme gewarnt. Es seien zahlreiche Protestbriefe an die SPD-Baracke in Bonn eingegangen, worin die Gewerkschaften ihren Unmut zum Ausdruck gebracht hätten. Der DGB erklärt die Erhöhung für „sozial unzumutbar", Herr Brenner redet von „gewerkschaftsfeindlicher Politik" der Regierung, ja, auch der Betriebsrat und Vertrauensleutekörper von Opel in Rüsselsheim, beunruhigt durch die Empörung in der Belegschaft, telegraphiert nach Bonn, daß er gegen die Steuererhöhung schärfstens protestiere.

Was es mit diesem Protest auf sich hat, wollen wir an einem Beispiel näher untersuchen. In der WAZ vom 11. Juli konnte man lesen:

„Nachdem es in der Mannesmann-Hütte Huckingen schon am Donnerstag zu einem ersten Proteststreik gekommen war, legten am Freitag in den Kölner Ford-Werken rund 1000 Arbeiter für 20 Minuten die Arbeit nieder. Betriebsräte und Vertrauensleute der Hoesch Hüttenwerke in Dortmund lehnten die geplante Lohnsteuervorauszahlung in einem Schreiben an die Bundesregierung ab. Die Sprecher von 28 000 Stahlarbeitern kritisierten, daß die beabsichtigten Maßnahmen eindeutig zu Lasten der Arbeitnehmer gingen."

Auf den ersten Blick sieht eine solche Meldung so aus, als ob der Betriebsrat und der gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper bei Hoesch Arbeiterinteressen verträten. Was aber ist der Hintergrund dieser Erklärung?

Beispiel Hoesch

Vor kurzem kam heraus, daß Hoesch mit dem holländischen Stahlkonzern Hoogovens fusionieren will. Der Plan sieht eine Verlagerung der Stahlproduktion nach Rotterdam vor. Nur einige Zulieferbetriebe sollten in Dortmund bestehen bleiben. Das bedeutet, daß die 28 000 Kollegen bei Hoesch damit rechnen müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Hoesch ist ein Betrieb, der unter das Montanmitbestimmungsgesetz fällt. Im Aufsichtsrat haben die Gewerkschaftsvertreter die Mehrheit, da als „neutrales" Mitglied der ehemalige Arbeitsdirektor, IG-Metall-Mitglied Harald Koch, sitzt. Dieser hatte von dem Plan schon seit langem Kenntnis, ohne es für nötig zu halten, die Belegschaft zu informieren. Koch begründete sein Schweigen damit, daß er als Aufsichtsratsmitglied der Schweigepflicht unterliege (wofür er ein entsprechendes Schweigehonorar kassiert: 250 000 DM pro Jahr!). Um die Belegschaft irre zu führen, tut die Gewerkschaft nun im Einverständnis mit dem Hoesch-Vorstand so, als habe Generaldirektor Harders den Aufsichtsrat von der geplanten Verlegung nicht in Kenntnis gesetzt. Zum Schein darf daher der Betriebsrat auf Harders schimpfen, ähnlich wie bei uns Perschke auf Dr. Hönicke. Nur mit Mühe gelang es dem Betriebsrat bisher, die empörte Belegschaft davon abzuhalten, die Arbeit niederzulegen.

Obwohl die Fusionsverhandlungen nun schon seit 1966 laufen, lehnt der Aufsichtsrat den Plan, der nachträglich dem Vorstand zugeschoben wurde, ab, weil in Holland die Montanmitbestimmung nicht gilt und weil die Arbeitsplätze der Belegschaft gesichert werden müßten. Dabei dürfte die erste Forderung, nämlich „Mitbestimmung", d. h. Erhaltung der Aufsichtsratsposten, insgeheim schon geregelt sein, während die zweite, Erhaltung der Arbeitsplätze, nur zur Beruhigung der Belegschaft aufgestellt wurde. Da die Belegschaft noch vom letzten Herbst her mißtrauisch ist, schlug ein DKP-Betriebsrat vor, daß zur Überwachung der weiteren Pläne ein „Arbeitervertreter", nämlich der Betriebsratsvorsitzende Albert Pfeiffer, an den Vorstandssitzungen teilnehmen solle. Pfeiffer (SPD), der es im September verstand, zu verhindern, daß der Streik bei Hoesch politisch wurde, ist dem Vorstand immerhin 76 000 DM Jahrestantiemen wert.

In diese explosive Lage „platzt" nun die SPD-Regierung mit ihrer Lohnsteuer„voraus"zahlung. Um die Empörung der Arbeiter zu dämpfen, ruft der Betriebsrat den Vertrauensleutekörper zu Beratungen zusammen.

Einige klassenkämpferische Vertrauensleute, vor allem der Westfalenhütte, bezeichnen die SPD-Politik völlig zutreffend als arbeiterverräterisch. Ihr Unmut wird vom Betriebsrat dadurch aufgefangen, daß der oben zitierte Protestbrief an die Regierung abgeschickt wird.

Brandt, Schiller und Co. nehmen diesen Brief nicht allzu ernst; denn sie wissen ja, daß Betriebsrat und Vertrauensleutekörper zum überwiegenden Teil aus SPD-Mitgliedern bestehen. Brandt kann im Bundestag sogar sagen, daß die Gewerkschaften ihn vor „linksradikaler Agitation in den Betrieben" gewarnt haben.

DKP-Anhängsel an SPD- und Gewerkschaftsbürokratie

Am Freitag, dem 10. Juli, verteilte die DKP auch bei Opel ihr in 120 000 Exemplaren aufgelegtes Flugblatt zur Lohnsteuer-„voraus"zahlung. Darin heißt es:

„Laßt euch aber auch nicht von SPD-Ministern und -Abgeordneten Sand in die Augen streuen. Würden sie die Interessen der arbeitenden Menschen konsequent vertreten, dann müßten sie Maßnahmen gegen die Riesengewinne des Großkapitals und für die Senkung der Rüstungskosten ergreifen."

Damit behauptet die DKP, daß die SPD-Minister zwar die Interessen der „arbeitenden Menschen" verträten, aber nicht konsequent genug. Das entspricht genau ihrer Anbiederungspolitik an die SPD, „damit Kühn kühner auftreten kann". Die DKP tut so, als hätten die „Riesengewinne des Großkapitals" und die Rüstung mit der SPD nichts zu tun.

Wer hat denn eigentlich die „soziale Symmetrie" ausgeklügelt? Wer macht denn die „Verteidigungs"politik?

Des weiteren fordert die DKP uns auf, uns einzusetzen für „Mitbestimmung und Kontrolle durch die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften", und fordert, daß wir „in den Gewerkschaften Kampfmaßnahmen organisieren" sollen.

Die DKP will uns glauben machen, daß die Gewerkschaften unsere Organisationen wären. Sie will uns glauben machen, der Betriebsrat bestände aus Arbeitervertretern. Man könne mit Perschke & Co. „in den Gewerkschaften" Kampfmaßnahmen organisieren!

Ganz offensichtlich will uns damit die DKP „Sand in die Augen streuen": wir sollen uns nach wie vor von denen, die uns verraten haben, an der Nase herumführen lassen, Protestbriefe schreiben, die sowieso nicht ernst genommen werden, und wenn wir tatsächlich die Arbeit aus Protest niederlegen, dem Betriebsrat die Möglichkeit bieten, sich auf uns zu berufen, um seine Mitbestimmung durchzudrücken.

Offenbar hofft die DKP darauf, daß die Gewerkschaftsbürokraten ihr aus lauter Dankbarkeit auch ein paar Pöstchen abgeben werden. Wie sonst soll man es erklären, daß z. B. der „Rote Kadett" die Kollegen auffordert, den Betriebsrat — also Perschke & Co. — zu stärken?

Verrat der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsmitglieder der SPD im Bundestag wenden auch nichts gegen die Regierungsvorlage ein und stimmen der Lohnsteuererhöhung geschlossen zu.

Wer sich noch an die Notstandsdebatten 1968 erinnert, weiß, wie sich die Gewerkschaften damals verhielten. Nach außen hin protestieren sie laut (wagten allerdings nicht, die Arbeiter zum Streik aufzurufen), im Bundestag jedoch stimmten ihre Mitglieder für die Notstandsgesetze, ohne befürchten zu müssen, daß sie aus der Gewerkschaft geworfen würden.

Die Gewerkschaften sind also, wie die SPD, Organisationen der Kapitalisten. Die Millionen Arbeiter, die ihnen beigetreten sind, dürfen praktisch nur ihre Beiträge zahlen (das Kassieren hat meist die Werkleitung selbst übernommen), haben aber ansonsten nichts zu sagen.

Man kann sich denken, daß die Gewerkschaftsbürokraten, die sich doch so aufs „Mitmischen" eingestellt haben, so etwas nicht gern hören und notfalls versuchen werden, ihre Mitbestimmung durch Streiks, die sie selbst organisieren, durchzudrücken. Wir dürfen uns dann ein wenig tummeln, aber natürlich schön im Rahmen der Weisungen „unserer" Betriebsräte, und den Gewerkschaftsbonzen die Kastanien aus dem Feuer holen. Wenn sie dann erst einmal ihre Aufsichtsratsgelder kassieren, werden diese Herrschaften uns immer, wenn wir über die Profite der Kapitalisten verärgert sind, entgegenhalten: „Nun seid doch vernünftig, geht wieder an die Arbeit. Wir müssen konkurrenzfähig bleiben" und dergleichen Sprüche mehr.

Wir von der RBG können dem nur wieder das entgegenhalten, was wir schon an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht haben:

Die Arbeiter müssen sich selbst organisieren, um so geschlossen gegen all diese Machenschaften vorgehen zu können!

Stärkt die Rote Opel-Betriebsgruppe der KPD/ML!

Organisiert euch in der RBG!

war, hielt es plötzlich für unfähig — nur weil es den von ihm betriebenen Aufnahmebeschluß zur Diskussion in die Grundeinheiten verwies. Statt den ihm unterstellten Ortsgruppen der Partei Gründe und Gegengründe des Beschlusses und seine Zurückverweisung zu erläutern, behauptete er, das ZK verfolge eine kleinbürgerliche Linie und wolle die Partei zu einer Intellektuellenpartei machen. Er nahm persönlich oder durch Mittelsmänner Kontakt zu anderen Landesverbänden (Hannover und München) auf, um sie in seinem Sinne zu beeinflussen.

Das ZK diskutierte auf seiner Sitzung am 17./18. Januar 1970 die vorliegenden Stellungnahmen der Ortsorganisationen und regionalen Leitungen, die aufgrund des ZK-Beschlusses vom November 1969 angefertigt worden waren, faßte alle Erfahrungen, die sich aus den September-Beschlüssen und der anschließenden Auseinandersetzung in der Partei ergeben hatten, zusammen und hob die September-Beschlüsse auf. Gleichzeitig nahm es selbstkritisch zu der bisher geleisteten Arbeit Stellung:

„Die KPD/ML ist eine junge Partei. Sie muß in der Phase ihres Aufbaus erst lernen, die für eine marxistisch-leninistische Partei wesentlichen Kriterien in die Praxis umzusetzen. Sie muß erst lernen, den demokratischen Zentralismus durch richtige Anwendung des Prinzips aus den Massen zu schöpfen und in die Massen hineinzutragen, konkret zu verwirklichen. Sie muß die Methode der Kritik und Selbstkritik erst lernen. Sie muß die richtige Verbindung von revolutionärer Theorie und konkreter Praxis der deutschen Revolution erst lernen. Kurz: um das Ziel zu treffen, müssen wir erst lernen, den Pfeil zu spitzen und abzuschießen, wir können auf keinen Fall so tun, als hätten wir schon einen spitzen Pfeil."

W. D. forcierte die von ihm organisierte fraktionistische Tätigkeit. Auf der ersten ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz NRW im März dieses Jahres, die von ihm in typisch bürokratischer Manier vorbereitet wurde — ihm nicht genehme Anträge wurden unter dem Vorwand, sie seien nicht fristgemäß eingereicht, abgewürgt —, gelang es ihm, einen großen Teil jener, die ihm zu Munde redeten, in die neue Landesleitung wählen zu lassen. Vorsitzender in einem Land mit dem stärksten Anteil von Arbeitern im Verhältnis zum Bundesmaßstab wurde G. Flatow, Stahlgroßhändler, ein ehemaliger Direktor des drittgrößten deutschen Stahlkonzerns, der Otto-Wolf-AG, zu der er auch heute noch beste Beziehungen unterhält. Seine Ernennung zum Landesvorsitzenden — gegen die die revisionistische Zeitung „Fazit" bereits vor seiner Wahl polemisierte (woher hatte sie die Kenntnis? — zeigt anschaulich die von W. D. propagierte „proletarische Linie". Rechtzeitig zur Landesdelegiertenkonferenz erschien auch die 0-Nummer des „Bolschewik" — theoretisches Organ der Roten Garde, in der dazu aufgerufen wurde, das Hauptquartier (das ZK) zu bombardieren.

Diese fraktionelle Tätigkeit im Landesverband NRW stieß auf den entschiedenen Widerstand der dort organisierten Marxisten-Leninisten. So gab die Ortsgruppe Moers zu den Auseinandersetzungen in der Partei anläßlich des Erscheinens des „Bolschewik" eine Stellungnahme heraus, in der es hieß:

„Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert." Stalin

Erklärung der Ortsgruppe Moers zu den Auseinandersetzungen in der Partei anläßlich des sog. „Bolschewik".

I. Warum nehmen wir Stellung?

Es gibt Leute, die behaupten: In der Partei und RG gibt es „Konterrevolutionäre"; diese „Konterrevolutionäre" haben sich als „Fraktion" organisiert; sie haben die Redaktion des RM „usurpiert"; sie wollen die „Praxis liquidieren". Die Leute, die das behaupten, geben den „Bolschewik" heraus und unterstützen ihn. Die Auseinandersetzungen, die der „Bolschewik" führt, sind Teil des Kampfes zweier Linien in Partei und RG. Die Linie, die der „Bolschewik" mit Unterstützung der Mehrheit der Parteiführung in NRW vertritt, ist die opportunistische Linie, d. h. bürgerliche Linie. Die Linie, die das ZK der KPD/ML vertritt, ist die korrekte, marxistisch-leninistische, d. h. proletarische Linie. Die Führer der RG-NRW haben die opportunistische Linie am aktivsten vertreten. Sie haben ihr im sog. „Bolschewik" ein Organ geschaffen. Sie wollen den „Konterrevolutionären" die Führung in Partei und RG entreißen. Sie haben es geschafft, Häuptlinge der Opportunisten zu werden.

Da die Verfasser des „Bolschewik" dreist behaupten, der Parteilandesverband NRW unterstütze „vollständig" ihre Linie, ist es unsere Pflicht, Stellung zu nehmen.

II. Die Hauptfragen, um die es geht

Die Auseinandersetzungen in Partei und RG, vor allem in NRW, drehen sich um 2 Hauptfragen:

1. Was ist die hauptsächliche Seite im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der jetzigen Situation?

2. Was ist die Hauptseite im Widerspruch zwischen Demokratie und Zentralismus in der jetzigen Situation der Partei?

Zu 1.

Antwort: die Theorie. Das gilt für die Partei und RG.

Warum? Wir können noch so aktiv die Tagesinteressen des Proletariats vertreten, wir können Löhne rauf und Preise runter schreien — solange wir den Arbeitern nur „Diktatur des Proletariats" vor den Latz knallen können — solange werden wir das Proletariat nicht für den Kampf um die Diktatur des Proletariats mobilisieren und organisieren können. Was wir brauchen, ist ein Programm, das eine kurzgefaßte, wissenschaftlich formulierte Darlegung der Ziele und Aufgaben des Kampfes der Arbeiterklasse ist. Für das Programm brauchen wir eine Klassenanalyse.

Wer verneint, daß deshalb zur Zeit die Theorie die hauptsächliche Seite des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis ist, ist Opportunist. Er stellt die Augenblickserfolge — die auch ohne Programm, ohne Klassenanalyse möglich sind — den dauernden Erfolgen im Kampf für die Diktatur des Proletariats voran. Er stellt die prinzipiellen Interessen des Proletariats hinter seine Tagesinteressen zurück.

Wenn die Erarbeitung eines Programms und einer Klassenanalyse die derzeitige Hauptaufgabe ist, bedeutet das nicht, daß die Praxis liquidiert wird. Die Verankerung der Partei in den Massen ist eine Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf.

Zu 2.

Antwort: der Zentralismus.

Warum? Wir befinden uns in der Phase des Aufbaus der Partei und des Aufbaus der Roten Garde. Eine marxistisch-leninistische Organisation muß hauptsächlich von oben nach unten aufgebaut werden.

Wir bauen nicht irgendeinen Verein auf, der daran gemessen wird, wie viele Leute er organisiert hat — wir bauen die marxistisch-leninistische Partei auf, die die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Kampf für die Diktatur des Proletariats führt, und die marxistisch-leninistische Jugendorganisation, die die Partei in diesem Kampf unterstützt. Entscheidend für die marxistisch-leninistische Linie ist die richtige Führung. Auch Lenin hat die Partei hauptsächlich von oben nach unten, durch die richtige Führung der Iskra, aufgebaut.

Wer verneint, daß der Zentralismus in der Phase des Aufbaus der Partei und RG die hauptsächliche Seite des Widerspruchs zwischen Zentralismus und Demokratie ist, ist Opportunist. Er will eine Organisation, die den Erfordernissen der Tageskämpfe des Proletariats entspricht und nicht den Erfordernissen des Kampfes für die prinzipiellen Interessen des Proletariats. Er will eine Organisation, in der er ungestört sein menschewistisches Süppchen kochen kann.

III. Die opportunistische Linie

Die opportunistische Linie der Leute, die den „Bolschewik" herausgeben und unterstützen, hat viele Erscheinungsformen:

1. In beiden Ausgaben des „Bolschewik", in schriftlichen und mündlichen Erklärungen führender Parteimitglieder in NRW wird die „massive" Entfaltung der Praxis als Hauptaufgabe der Partei und RG bezeichnet.

2. Die Praxis dieser Opportunisten ist dementsprechend opportunistisch. Beispiele:

a) Im „Programmentwurf-Lehrlinge" der RG-NRW (später „Lehrlingsforderungen") sind wahllos alle Tagesforderungen der Lehrlinge aneinandergereiht, die Diktatur des Proletariats wird nicht erwähnt.

b) Im Statutentwurf der RG-NRW war nicht erwähnt, daß die RG eine Jugendorganisation der KPD/ML ist. Die Diktatur des Proletariats fehlt auch im verabschiedeten Statut.

c) Die Parole: „Stärken wir die Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter!" Diese Parole ist revisionistisch (s. RM 10/69).

3. Die RG-Führung und die Mehrheit der Parteiführung in NRW sind der Meinung, daß die Demokratie die hauptsächliche Seite des Widerspruchs zwischen Zentralismus und Demokratie ist. Sie wollen die Partei „von unten nach oben" aufbauen. Das ist Opportunismus in Organisationsfragen. Beispiele:
a) Das ZK wird nicht anerkannt, sondern bekämpft. Die RG-Führung wird nicht anerkannt, sondern bekämpft.

b) Die Opportunistenhäuptlinge in NRW geben ohne jede Berechtigung ein „Theoretisches Organ der RG" heraus. Von den Opportunisten in der Parteiführung in NRW wird das unterstützt.

c) Die Opportunisten gaben sich im „Bolschewik" eine gemeinsame fraktionistische Plattform. Sie haben sich von der nationalen RG-Organisation losgelöst. Sie erheben einen Anspruch auf die Führung in Partei und RG, indem sie zu „Kampf-Kritik-Umgestaltung" aufrufen.

4. Die Opportunisten wollen die RG ideologisch (Die RG hat sich der Bestimmung der gemeinsamen Hauptaufgabe durch die Partei nicht unterzuordnen) und organisatorisch (Parteimitglieder in der RG sind nicht an Weisungen der Partei gebunden — s. Beschluß der LDK) vollständig von der Partei trennen.

5. Die Opportunisten denken mechanistisch, sie verneinen die Dialektik. Beispiele:

a) Sie unterstellen: Wer der Meinung ist, daß die Theorie die hauptsächliche Seite des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis ist, will „die Praxis liquidieren".

b) In „Bolschewik" 1 wird eine „Situation" angeführt, in der nach Meinung der Opportunisten die Theorie zur hauptsächlichen Seite des Widerspruchs werden würde. Diese „Situation" setzt die äußeren Bedingungen für die Hauptursache der Entwicklung eines Dings, nicht die innere Widersprüchlichkeit. Und: In dieser „Situation" will man dann wirklich die Praxis liquidieren.

6. Die „Bolschewik" 0 und 1 sind durch vollkommenes theoretisches Wirrwarr gekennzeichnet. Nur drei Beispiele:

a) Die Opportunisten lehnen es ab, bei der Entwicklung der Partei Phasen zu unterscheiden. (Bol. 1, S. 7)

b) Sie werfen dem RM offenen Trotzkismus vor, weil er meint: Das Proletariat muß die anderen Klassen und Schichten des Volkes **führen**, d. h., die anderen Klassen und Schichten des Volkes müssen sich ihm **unterordnen**. Was denn sonst? Was das mit der trotzkistischen „permanenten Revolution" zu tun haben soll, wissen nur die opportunistischen Götter.

c) Die Opportunisten hetzen gegen die Intellektuellen in der Partei. Sie „vergessen", daß die starke Stellung der marxistisch-leninistischen Intellektuellen in der Partei auf den objektiven Bedingungen des Widerspruchs zwischen relativ stark entwickelter Intellektuellenbewegung und relativ schwach entwickelter Arbeiterbewegung beruht.

7. Die Opportunisten verbünden sich mit jedem, der sich dazu hergibt; so mit dem opportunistischen Augustblockhäuflein der B I. Die Zustimmung der B I-Häuptlinge zu „Bolschewik" 0 wurde zur Vorbedingung ihrer Aufnahme in die RG gemacht. Im Rechenschaftsbericht der RG auf der LDK-NRW befanden sich Lobhudeleien auf den ausgeschlossenen Renegaten Volker Magdalinski.

IV.

Nun gut. Die Opportunisten wollen „Kampf-Kritik-Umgestaltung". Sie wollen die marxistisch-leninistische Linie liquidieren. Nehmen wir den Kampf auf. Säubern wir Partei und Rote Garde von den Opportunisten.

Die Spalter organisieren sich

Während W. D. sich zu einem von seinem Unternehmer finanzierten Erholungsurlaub (nach seinen eigenen Angaben) nach Madeira zurückgezogen hatte, handelten seine Gefolgsleute Peter Weinfurt und andere, um die Spaltung voranzutreiben. Sie gründeten den KJVD als Gegenorganisation zur Jugendorganisation der Partei der Roten Garde und nahmen Kontakt zu anderen Fraktionisten, zum Beispiel der Hamburger Schütt-Debus-Clique, auf. Bezeichnend, daß sie es peinlichst vermieden, dem KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) das ML anzuhängen, obwohl das Kennzeichen „ML" genauso wichtig für die Unterscheidung vom modernen Revisionismus geworden ist wie seinerzeit „Kommunisten" für die Unterscheidung vom alten Revisionismus. Bezeichnend auch ihre Feststellung: „Was den Antirevisionismus betrifft, so ist es heute nicht mehr unsere Hauptaufgabe, den Revisionismus zu schlagen, sondern die Sozialdemokratie."

In dieser Situation fand auf Initiative des ZK der KPD/ML — das es, obwohl dazu berechtigt, vermieden hatte, disziplinarische Maßnahmen (Ausschlüsse) zu ergreifen — am 26. 4. 1970 in Köln eine außerordentliche Vollversammlung der Mitglieder und Kandidaten des Landesverbandes NRW der KPD/ML statt. Ausgehend von dem Prinzip Einheit-Kritik-Einheit versuchte es in sachlicher Diskussion die ideologischen Meinungsverschiedenheiten zu klären. Demgegenüber gab die Fraktion von Anfang an klar zu erkennen, daß ihr Ziel nicht die Einheit, sondern die Spaltung des Landesverbandes war. Sie wich jeder prinzipiellen politischen Auseinandersetzung, in der es darauf ankam, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden, aus und versuchte sie in eine persönliche Loyalitätserklärung gegenüber dem Genossen W. D. umzufunktionieren. Auf diese Weise führte sie selbst die von ihnen aufgestellte Tagesordnung ad absurdum und trat aus der Partei aus. Ihr Austritt wurde vom ZK bestätigt.

Anschließend setzten die in der KPD/ML verbliebenen Genossen die Sitzung fort. Sie stellten fest, daß durch den Austritt der parteifeindlichen Fraktion der Landesverband NRW der KPD/ML nicht grundsätzlich betroffen werde, da fünf Mitglieder der auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz gewählten Landesleitung sowie ein Kandidat anwesend waren. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde jetzt ein klassenbewußter Arbeiter, der in seinem Heimatort großes Vertrauen bei seinen Kollegen hat, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde ebenfalls ein Arbeiter.

W. D. aber blieb nach der Sitzung mit denen, gegen die er die ganze Zeit zu kämpfen vorgegeben hatte, nämlich den Studenten, die die Partei „kleinbürgerlich zu überwuchern drohten", wie er sich ausdrückte, allein. Die proletarischen Genossen des Landesverbandes hatten ihm in weit überwiegender Zahl den Rücken gekehrt, nachdem sie seine revisionistischen Praktiken scharf kritisiert hatten. Ein Vorgang übrigens, der sich bereits 2 Wochen zuvor auf der Hamburger Vollmitgliederversammlung vom 12. 4. 1970 in ähnlicher Form abgespielt hatte. Auch dort waren es die klassenbewußten, proletarischen Genossen, die der Schütt-Debus-Fraktion ihrer parteifeindlichen, kleinbürgerlichen Linie wegen den Laufpaß gaben.

Fassen wir zusammen: Kritisiert wurden die aus der Partei ausgetretenen Genossen nicht, weil sie Kritik übten. Das ist ihr gutes Recht. Kritisiert wurden sie, weil sie dies nicht innerhalb — sondern außerhalb der Partei mit der Methode des bürgerlichen Fraktionismus taten. Auf sie trifft genau das zu, was Genosse Mao Tsetung in seinen „Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst" sagte: „Viele Parteimitglieder sind zwar organisatorisch in die Partei eingetreten, aber ideologisch gehören sie ihr noch nicht ganz oder überhaupt noch nicht an." In den Köpfen derjenigen, die der Partei ideologisch noch nicht angehören, steckt noch eine Menge Unrat, der von der Ausbeuterklasse stammt. Sie stellen z. B. die eigene Person in den Vordergrund, streben danach, sich Ansehen und Position zu verschaffen, pochen auf ihre „Unabhängigkeit" und sind nicht bereit, sich in die notwendige Disziplin der Partei einzuordnen.

Was unser Verhältnis zur abgespaltenen Fraktion angeht, so stellte der Landesverband NRW auf seiner Vollmitgliederversammlung vom 26. 4. 1970 bereits fest, daß sie sich durch den Namen ihrer Jugendorganisation (KJVD statt Rote Garde) bereits klar von uns unterscheiden. Das italienische Beispiel zeige, daß man im übrigen nicht verhindern könne, daß die parteifeindliche Fraktion sich ebenfalls „KPD/ML" nennen werde. Wir würden uns schon durch unsere politische Linie und unsere Praxis klar genug voneinander unterscheiden. Man dürfe die meisten ausgetretenen Genossen auf keinen Fall als Feinde ansehen. Man müsse sich geduldig mit ihnen auseinandersetzen und ihre berechtigte Kritik anerkennen. Man müsse auch sorgfältig die verschiedenen Tendenzen bei ihnen aufgrund von Analysen unterscheiden. Unsere Gegner seien die eindeutigen und überzeugten Rechtsopportunisten. Man müsse sie gegenüber den ehrlichen, zeitweilig irregeführten Genossen entlarven und maximal isolieren.

Alle Genossen stellten fest, daß damit ein entscheidender Schritt der Säuberung der KPD/ML von Karrieristen, Intriganten und Doppelzünglern erfolgt sei.

Genossinnen, Genossen,

stärkt den Pressefonds der Partei!

Spendet für den Ausbau des „ROTEN MORGEN"!

Überweisungen auf Postscheckkonto: Ernst Aust, Postscheckamt Hamburg, Konto-Nummer 262767

Die 2.-Juni-Bewegung

Zwei Arten der Kulturrevolution

Es steht außer Zweifel, daß die große Protestbewegung der Studenten und Schüler, die sich seit Ende 1964 (Tschombé-Besuch) in West-Berlin vorbereitet und entwickelt hatte und die nach dem 2. Juni 1967 (Mord an Benno Ohnesorg) mit Macht die ganze Bundesrepublik ergriff, einen entscheidenden qualitativen Sprung in der politischen Entwicklung der BRD darstellt. Wortführer der Bewegung, wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, bezeichneten die 2.-Juni-Bewegung als „kulturrevolutionär".

Darin zeigt sich der Einfluß der großen proletarischen Kulturrevolution in China. Dieses weltbewegende Ereignis wurde von der eben erwachenden Studentenbewegung in allen Teilen der Welt begeistert aufgenommen. Wenn die Studenten in der Regel die Große Proletarische Kulturrevolution auch nicht richtig verstanden, so unterstützten sie doch die Verbreitung der Maotsetungideen.

Die 2.-Juni-Bewegung ist mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China nicht vergleichbar:

In der BRD bestand 1967 und besteht heute eine starke Diktatur der Monopolbourgeoisie. Das Proletariat und die anderen unterdrückten Klassen und Schichten (Bauern, Angestellte, kleinbürgerliche Intelligenz) stehen unter dieser Diktatur und haben keinerlei Macht in der Hand. Insofern wäre es selbstverständlich ein verhängnisvoller Irrtum, in der 2.-Juni-Bewegung eine „proletarische" Kulturrevolution wie in China zu sehen. In China besteht die Diktatur des Proletariats, und die dortige Kulturrevolution diente dazu, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und den Weg zum Kommunismus frei zu machen. Von all dem kann in der BRD keine Rede sein.

Ist es deshalb überhaupt falsch, die 2.-Juni-Bewegung als „kulturrevolutionär" zu bezeichnen? Um diese Frage zu beantworten, muß zunächst geklärt werden, wie Mao Tsetung und die chinesischen Marxisten-Leninisten den Begriff „Kulturrevolution" verstehen. „(Mao Tsetung) weist darauf hin, daß dem Sturz einer politischen Macht notwendigerweise die Anstrengungen, sich des Überbaus und der Ideologie zwecks Vorbereitung der öffentlichen Meinung zu bemächtigen, vorangehen und daß dies sowohl für die revolutionären als auch für die konterrevolutionären Klassen gilt (...).

Die Geschichte zeigt, daß die Bourgeoisie sich zuerst der Ideologie bemächtigte und die öffentliche Meinung vorbereitete, bevor sie der feudalen Gutsbesitzerklasse die politische Macht entriß. Angefangen von der „Renaissance", kritisierte die europäische Bourgeoisie unaufhörlich die feudale Ideologie und propagierte ihre eigene. Erst im 17. und 18. Jahrhundert, nach hunderten Jahren von Vorbereitung der öffentlichen Meinung, riß die Bourgeoisie die politische Macht in einem europäischen Land nach dem anderen an sich und errichtete ihre Diktatur. Marx und Engels begannen vor mehr als einem Jahrhundert, die Theorien des Kommunismus zu verbreiten. Sie machten das, um die öffentliche Meinung für die Machtergreifung des Proletariats vorzubereiten. Die russische proletarische Revolution gipfelte in der Ergreifung der politischen Macht erst nach Jahrzehnten, in denen die öffentliche Meinung vorbereitet wurde. Unsere eigene Erfahrung ist noch frisch in unserer Erinnerung. Als das chinesische Proletariat zum ersten Male in der politischen Arena erschien, war es schwach und unbewaffnet. Wie sollte die Revolution beginnen? Sie begann mit der Propagierung des Marxismus-Leninismus und der Entlarvung des Imperialismus und seiner Lakaien in China. Der Kampf des chinesischen Proletariats um die Machtergreifung begann gerade mit der Kulturrevolution des 4. Mai." („Die große sozialistische Kulturrevolution in China" 1., S. 3 ff.)

Nach der Theorie Mao Tsetungs gibt es also keineswegs nur Kulturrevolutionen unter der Diktatur des Proletariats, nicht einmal sozialistische Kulturrevolutionen müssen die Diktatur des Proletariats zur Voraussetzung haben: Es gibt auch **vorbereitende**, der Revolution **vorausgehende** kulturrevolutionäre Bewegungen.

Die 2.-Juni-Bewegung in Deutschland war offensichtlich eine Bewegung, die versuchte, im Überbau Machtpositionen zu erringen, indem sie die Universitäts- und Schulbürokratien sowie die bürgerliche Presse bekämpfte. Sie versuchte, wie es hieß, die „Manipulation" des bürgerlichen Informationswesens zu durchbrechen und eine Gegen-Öffentliche-Meinung zu bilden. All das sind typische Kennzeichen einer kulturrevolutionären Bewegung.

Die 2.-Juni-Bewegung ist also eine vorbereitend kulturrevolutionäre Bewegung gewesen, ähnlich wie die „Bewegung des 4. Mai" 1919 in China.

Angriff auf feudale Reste im Überbau

Die nächste Frage ist die nach der **objektiv-historischen Bedeutung** der 2.-Juni-Bewegung. Dabei muß zunächst festgestellt werden, daß natürlich auch keine direkte Parallele mit der chinesischen 4.-Mai-Bewegung gezogen werden darf. China war ein halbfeudales und halbkoloniales Land, das über die neudemokratische Revolution zur sozialistischen Revolution schritt. Die 4.-Mai-Bewegung war die der neudemokratischen Revolution vorausgehende Kulturrevolution: Es handelte sich dabei um eine antiimperialistische, antifeudale Kulturrevolution.

Mao Tsetung sagt über die Bedeutung der Bewegung des 4. Mai: „Das Heranwachsen und die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfte in jener Periode hatte dazu geführt, daß im Verlauf der antiimperialistischen und antifeudalen bürgerlich-demokratischen Revolution in China ein erstarktes Lager in Erscheinung trat, das Lager, das von der chinesischen Arbeiterklasse, den Studenten und der jungen nationalen Bourgeoisie gebildet wurde. Während der Bewegung des 4. Mai standen heldenmütig Hunderttausende von Studenten in ihren ersten Reihen." Und weiter: „Innerhalb der demokratisch-revolutionären Bewegung Chinas war es die Intelligenz, deren Bewußtsein zuerst erwachte. Das zeigte sich deutlich in der Revolution von 1911 und der Bewegung des 4. Mai, wobei zur Zeit der Bewegung des 4. Mai die Intelligenz bereits zahlreicher und bewußter war als während der Revolution von 1911."

In Deutschland wurde die bürgerliche Revolution erstmals 1848 versucht. Diese Revolution scheiterte jedoch, obwohl die deutsche Bourgeoisie bald darauf zu einer der stärksten der Welt wurde und in das Stadium des Monopolismus und Imperialismus überging. Das Scheitern der 48er-Revolution brachte die Entstehung eines feudal-bürgerlichen, bürokratischen Staates mit sich. Es handelt sich hier um ein Phänomen, das Engels als „das alte klerikal-feudale und bürokratische Regime", als „feudalen, bürokratischen und militärischen Despotismus", als die „alte feudal-bürokratische Partei" („Revolution und Konterrevolution in Deutschland"), als „monarchische, bürokratische, halbfeudale und militärische Reaktion", als **„die absolutistischen Bürokraten, Feudalen und Pfaffen"** („Rolle der Gewalt in der Geschichte") bezeichnet. Hand in Hand mit der Konservierung der feudalen Teile der Staatsbürokratie ging das **Überleben der feudalen Ideologie in Deutschland.** Besonders deutlich zeigt sich das in der Stärke des Klerikalismus sowie in der feudalen Ideologie des Beamtenapparats (kein Streikrecht). Die Revolution von 1918 zerstörte keineswegs gründlich das Bündnis von Bourgeoisie und überlebenden Teilen des Feudalismus, da die Bourgeoisie bei ihrem Kampf auf Tod und Leben mit dem Proletariat jede Waffe mit Freuden aufgriff.

Im Faschismus blieb das Bündnis zwischen Monopolbourgeoisie und Junkertum bestehen. Erst als endlich die Rote Armee die Junker vertrieb, verlor die feudale Ideologie ihre alte Klassenbasis. Als Ergebnis blieb die für einen hochentwickelten imperialistischen Staat ganz anomale Stärke der feudalen Ideologie in der staatlichen Bürokratie, im Erziehungswesen sowie im übrigen Überbau.

Die faschistische Diktatur hatte die feudale Ideologie in großem Umfang bewahrt und sogar wiederbelebt. Nach dem Krieg sorgte vor allem die klerikale CDU/CSU dafür, daß sie nicht so rasch absterben konnte.

1961, mit dem Bau der Mauer in Berlin, fiel die entscheidende Ursache des „Wirtschaftswunders", der dauernde Zustrom qualifizierter Arbeitskraft, d. h. die dauernde Auffüllung der industriellen Reservearmee, weg. Der westdeutsche Imperialismus mußte nun in entsprechend stärkerem Maße die Produktivität mittels weiterer Mechanisierung und Automatisierung zu erhöhen suchen, wozu er mehr Ingenieure, Techniker usw. benötigte. Es wurde nun für die Monopolbourgeoisie notwendig, die größten Auswüchse des Feudalismus in der öffentlichen Meinung, besonders im Erziehungswesen, zu beseitigen. Der Angriff wurde zunächst von den „modernsten" Sprechern der Monopole, etwa in „Spiegel" und „Zeit", gestartet. Beim Angriff auf die Positionen des feudalen Klerikalismus wurden besonders Sexual-Tabus attackiert.

Den Angriff bis zu Ende führen

Nun war jedoch der Feudalismus in Deutschland schon seit 1848 nicht mehr von der Bourgeoisie zu trennen: Besonders in der Staatsbürokratie sind beide durch einen hundertjährigen gemeinsamen Kampf gegen das Proletariat völlig verschmolzen. Die Position des Feudalismus im Überbau stellt einen Nebenwiderspruch dar, der völlig dem Hauptwiderspruch zwischen Proletariat und imperialistischer Monopolbourgeoisie untergeordnet ist. Die antifeudale Revolution ist in ihren wesentlichen Momenten seit langem abgeschlossen, die proletarische Revolution steht seit 1918 auf der Tagesordnung. Deshalb kann die Bourgeoisie heute keine wirkliche Überbaurevolution mehr anführen, da das feudale Element des Überbaus nicht mehr vom bürgerlichen zu trennen ist.

Nun können wir die Bedeutung der 2.-Juni-Bewegung genauer kennzeichnen: Es handelte sich dabei um eine kleinbürgerliche, tendenziell sozialistische, kulturrevolutionäre Bewegung antibürokratischen, antiimperialistischen und ansatzweise antirevisionistischen Charakters. Diese Tatsache klar zu begreifen, ist von größter Bedeutung für die Marxisten-Leninisten der BRD. Tendenziell sozialistisch: Das bedeutet, daß der antibürokratische Ansatz, der sich zunächst vielleicht nur gegen die feudalen Elemente des Überbaus richten mochte, **notwendigerweise** auch gegen die gesamte bürgerliche Bürokratie gehen mußte, wollte er konsequent sein.

Je klarer die Studenten ihren Feind erkannten, je klarer sie erkannten, daß man z. B. die Universitätsbürokratie **konsequent** nur durch den Kampf gegen die **ganze imperialistische Staatsbürokratie** bekämpfen kann, desto klarer erkannten sie ihre eigenen Grenzen und wurden dazu gedrängt, über die Rolle des Proletariats nachzudenken.

Die konsequente Weiterführung der kulturrevolutionären 2.-Juni-Bewegung forderte von einem bestimmten Moment an gebieterisch das Bündnis der Bewegung mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Arbeiterklasse.

Die Etappen der revolutionären 2.-Juni-Bewegung verstehen

Betrachten wir das Verhältnis zur Arbeiterbewegung, und das ist die wichtigste Frage einer jeden revolutionären Bewegung, so können wir 3 Etappen der 2.-Juni-Bewegung unterscheiden:

1. Die Etappe der rein studentischen Protestbewegung, sie dauerte etwas bis zum Attentat auf Rudi Dutschke.

2. Die Etappe, in der die 2.-Juni-Bewegung das Bündnis mit der Arbeiterbewegung gegen Notstandsgesetze und „Bild" suchte.

3. Die Etappe der Auflösung der 2.-Juni-Bewegung und die Verschmelzung des fortschrittlichsten Teils mit dem fortschrittlichsten Teil der Arbeiterbewegung in der KPD/ML.

Die Zwiespältigkeit der ersten Phase zeigt sich darin, daß der tendenziell sozialistische Kern eben nur **tendenziell** sozialistisch war. Die Bewegung besaß die marxistisch-leninistische Theorie nicht. Die Theorie der SDS-Führer war verworren, aus jedem Topf nahmen sie sich nach Belieben eine Zutat und entwickelten einen Brei statt einer klaren Theorie: Man nehme viel Marx, etwas Lenin und Mao, vor allem aber auch eine Menge kleinbürgerlicher Schreibtischstrategen: Marcuse, Mandel, Habermas, Abendroth, Horkheimer usw.

Zwar sprach man von Klassenkampf und vom Kampf gegen den Imperialismus, daneben standen jedoch kleinbürgerliche Parolen, teils anarchistischer, teils reformistischer Schattierung: „Die Studenten sind die Avantgarde im antiautoritären Kampf", „gegen den Totalitarismus" u. ä.

In dieser Verwirrung blühte das Bündnis revolutionärer Kleinbürger mit liberalen und reformistischen Kleinbürgern. An der Universität hatten sie tatsächlich auch vorübergehend den gleichen Feind.

Die „radikal"-liberalen und „radikal"-reformistischen Bündnispartner führten den gemeinsamen antibürokratischen Kampf hauptsächlich gegen die feudalen Überreste und mit dem verschwommenen Ziel, die bürgerliche Staatsbürokratie zu „verbessern". Eine solche „Verbesserung" ihrer Bürokratie kommt der Bourgeoisie natürlich nur gelegen. Das Ziel der tendenziell sozialistischen Linken war es dagegen, den antibürokratischen Kampf eng mit dem antiimperialistischen zu verbinden.

Die Linke entfaltete ihre antiimperialistische Propaganda vor allem in der Universität, ihre antiimperialistischen Demonstrationen organisierte sie in der Universität. Dabei sorgte die bürgerliche Staatsbürokratie dann vorübergehend selbst für die Einheit des Bündnisses, indem sie die „Radikal"-Liberalen und „Radikal"-Reformisten genauso niederknüppeln ließ wie die Sozialisten. Der Antirevisionismus des gemeinsamen Kampfes war am wenigsten klar: Hier zeigte sich der theoretische Eklektizismus des linken Kerns als größter Mangel. Indem man nämlich den trotzkistischen Ausdruck „Antistalinismus" wählte, verwirrte man die Fronten, da die Revisionisten glaubwürdig ihren Antistalinismus versichern konnten. Die notwendige Folge daraus war die fehlende klare und totale Abgrenzung der Bewegung gegen den Revisionismus.

Diese Unklarheiten sollten ihre bösen Folgen vor allem während der zweiten Phase zeigen: Im Anti-Notstandskampf sah die Linke die Möglichkeit, Teile der Arbeiterklasse in das Bündnis einzubeziehen. Statt einer revolutionären Einheitsfront entstand jedoch eine Pseudo-Einheitsfront ohne Prinzipien, ohne Perspektiven und ohne Konzept. Man verband sich wahllos mit Revisionisten, Gewerkschaftsbürokraten und sogar FDP-Abgeordneten. Die Quittung für diesen Opportunismus erhielt man beim Sternmarsch auf Bonn, der zu einem ohnmächtigen Spaziergang wurde, bei dem die Gewerkschaftsbürokraten „ihre Leute" völlig in der Hand behielten.

Die dritte Phase mußte daher notwendigerweise die Theorie in den Vordergrund rücken: nun schieden sich zunächst diejenigen Studenten, die die Notwendigkeit der Führung der Bewegung durch das Proletariat erkannten, von den übrigen. Innerhalb der am weitesten linken Gruppe wiederum bildeten sich ein „marxistisch-leninistischer", ein „guevaristischer" und ein trotzkistischer Flügel heraus. Parallel damit ging in der Praxis das Entstehen von Basisgruppen, in denen meistens eine Mehrzahl von Studenten mit einer Minderzahl von Arbeitern zusammenarbeitete. Als Kennzeichen dieser Phase ist jedoch die Unfähigkeit zu sehen, die Ansätze von Betriebspraxis mit den Ansätzen von Theorie wirklich zu verbinden. Der Grund dafür ist der, daß die linken Studenten **ihre eigene Rolle und die historische Bedeutung der 2.-Juni-Bewegung nicht begriffen.** Es wurde bald, besonders bei Studenten, die sich als „marxistisch-leninistisch" bezeichneten, geradezu Mode, die sog. „antiautoritäre Phase" einfach in Bausch und Bogen abzulehnen. Daraus folgten schematische und dogmatische Tendenzen. Manche Studenten wollten nun „Proletarier werden" und glaubten, sie könnten das durch Betriebsarbeit erreichen. Schließlich entstanden in diesen Zirkeln auch Initiativen zur Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei, meistens jedoch erst **nach** Gründung der KPD/ML.

Der Aufbau der Partei des Proletariats: notwendige Voraussetzung für ein festes Bündnis von Arbeiterbewegung und Studentenbewegung!

Die revolutionäre kommunistische Bewegung der Arbeiterklasse in Westdeutschland war durch faschistische Verfolgung, Krieg und eigene Fehler in der Nachkriegspolitik geschwächt. Die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, zog nicht die Lehren aus dem antifaschistischen Kampf und verfiel immer mehr in Revisionismus. Diese Entwicklung wurde durch ihre Abhängigkeit von Ostberlin und Moskau begünstigt.

Die vollständige revisionistische Entartung nach dem 20. Parteitag schien sie endgültig entwaffnet zu haben. Da gab jedoch der prinzipienfeste Kampf der chinesischen und albanischen Kommunisten für den revolutionären Marxismus-Leninismus den wirklichen Revolutionären aller Länder neue Hoffnung. In Westdeutschland war unter den Bedingungen der Illegalität und der allgemeinen Schwäche der Bewegung jedoch damals nicht an die Gründung einer eigenen Organisation der Marxisten-Leninisten zu denken. Einzelne Genossen verfolgten regelmäßig die chinesischen Publikationen und propagierten den chinesischen Standpunkt. Sie gerieten dadurch in Konflikt mit der revisionistischen Parteibürokratie.

Diese Genossen erkannten schließlich, daß der Verrat der Führer der „K"PD nicht mehr innerhalb der Partei überwunden werden konnte und daß die Gründung der neuen Partei objektiv notwendig war.

Vier Ereignisse änderten zu dieser Zeit gründlich die Situation in der BRD:

1. Die Große Proletarische Kulturrevolution löste die Probleme des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Dadurch besiegten die Marxisten-Leninisten tendenziell endgültig die Revisionisten im Weltmaßstab. Die historische Wirkung des Ereignisses war wirklich welterschütternd: Den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker gab es einen weiteren entscheidenden Anstoß, aber es wirkte auch auf den (konkret jeweils verschiedenen) antibürokratischen Kampf besonders der Jugend, tendenziell jedoch auch der Arbeiter, in den imperialistischen und revisionistischen Län-

dern. Die Weltrevolution war in eine neue Phase getreten. Das hatte auch die Lage in Deutschland geändert.

2. Auch in der BRD nahm der Klassenkampf durch die 2.-Juni-Bewegung einen neuen Aufschwung. Die deutsche Jugend antwortete dem Appell der Pekinger Roten Garden. Der Sturm auf die Bürokratie des bürgerlichen Staates versetzte die ganze Gesellschaft in einen Zustand allgemeiner Kritik an der Bourgeoisie und ihrem System. Der Marxismus, der Leninismus und die Maotsetungideen fanden in großen Teilen der Jugend offene Ohren.

3. Die Gründung der D„K"P zeigte die Aussöhnung zwischen westdeutscher Bourgeoisie und deutschem Revisionismus an. Diese Gründung war eine Schutzmaßnahme der Bourgeoisie gegen die 2.-Juni-Bewegung. Man brauchte ein Auffangreservoir für linke Arbeiter.

4. Die Rezession von 1966/67 hatte endgültig gezeigt, daß der westdeutsche Imperialismus wieder in die normale zyklische Entwicklung übergegangen war. Gleichzeitig spitzten sich die Widersprüche des imperialistischen Systems durch die amerikanische galoppierende Inflation infolge des Vietnamkrieges in großem Maße zu. Eine größere Krise zeichnete sich ab, die die Arbeiterklasse in Kampfstimmung versetzen müßte.

Diese vier Ereignisse machten die Gründung einer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei als Avantgarde-Organisation des westdeutschen Proletariats möglich. Sie wurde nach im ganzen mehrjähriger Vorbereitung durch ideologische Auseinandersetzung zur Jahreswende 1968/69 in Hamburg vorgenommen.

Das entscheidende Merkmal der KPD/ML bei ihrer Gründung war die Tatsache, daß sich in ihr Marxisten-Leninisten, die einen jahrelangen antirevisionistischen Kampf in der KPD geführt hatten, mit dem fortschrittlichsten Teil der 2.-Juni-Bewegung, der sich bereits damals zum Marxismus-Leninismus entwickelt hatte, verbanden.

Das Beispiel der UJC/ML

Die Seminar-Marxisten

Die „Union der kommunistischen Jugend/ML" (französische Abkürzung: UJC/ML) gründete sich in der Eliteuniversität für Philosophie, Psychologie und Soziologie von Paris, der Ecole Normale Supérieure, Rue d'Ulm. An dieser Eliteuniversität studieren hauptsächlich Kinder der reichsten „zweihundert Familien" des Landes. Das politische Klima an der „Normale-Sup" war kritisch und „links". Viele Studenten gehörten zur Studentenorganisation der „K"PF, der UEC (Union der „kommunistischen" Studenten). Im November 1966 trennten sie sich von der UEC und bildeten eine eigene, sich als „marxistisch-leninistisch" bezeichnende Organisation. Eine entscheidende Rolle bei dieser Entwicklung spielte der Philosoph Louis Althusser, der trotz seiner „K"P-Zugehörigkeit Chruschtschows „Kampf gegen den Personenkult" kritisierte und Stalin und Mao Tsetung verteidigte. Althusser versuchte, einen akademischen Kampf gegen den Revisionismus unter dem Motto „Das Kapital lesen" zu führen. Zusammen mit seinen Studenten unterzog er das „Kapital" einer „äußerst genauen Lektüre", um dadurch aus seiner Unsicherheit über die politische Linie herauszukommen. Dieser Studentenkreis gab die „Cahiers marxistes-léninistes" („Marxistisch-leninistische Hefte") heraus, deren Artikel kaum zu verstehen waren.

Die erste Phase der UJC/ML war also rein akademisch. Die UJC/ML bestand nur aus Studenten groß- und kleinbürgerlicher Herkunft. Diese Klassenbasis stellt den entscheidenden Schlüssel dazu dar, um die bald darauf einsetzenden „Selbstkritiken" und Drehungen um 180 Grad zu verstehen.

Die Volkstümler

Die erste Drehung war die Abwendung von Althusser und vom Akademismus. Sie geschah im Laufe des Jahres 1967. Althusser blieb bei seiner „Lektüre des Kapitals", er brach nicht eindeutig mit der „K"PF. Inzwischen veröffentlichte er sogar wieder einen Artikel in der „Humanité": „Wie sollen wir das Kapital lesen?" Nachdem sie das „Kapital" gelesen hatten, zogen die Studenten der UJC/ML dagegen den richtigen Schluß, daß man auch handeln muß — und zwar, daß man sich mit der Arbeiterklasse verbünden muß. Wie stellen sich Groß- und Kleinbürger das „Bündnis mit der Arbeiterklasse" vor? Sie stellen es sich **bürgerlich** vor. Kennzeichen bürgerlicher Ideologie ist es, das einzelne „Individuum" zum Maßstab zu machen. Ein „Bündnis" bedeutet also für den Bürger, daß einzelne „Individuen" sich individuell begegnen, sich um den Hals fallen, sich die Hand drücken usw. Die bürgerliche Ideologie versteht es nicht, daß Klassen und Schichten des Volkes **objektive** Bündnisse eingehen können, ohne daß es zu einer **„individuellen"** Begegnung kommt. Ein Musterbeispiel für ein solches objektives Bündnis stellte bald darauf der Kampf der Pariser Studenten im Mai 1968 dar, der vom Generalstreik der Arbeiter beantwortet wurde, obwohl sich die Pariser Studenten und die Arbeiter von Nantes niemals persönlich und „individuell" begegnet waren. Trotzdem bestand objektiv ein Bündnis zwischen ihnen. Die UJC/ML hat das nie verstanden, weshalb sie auch auf den Barrikaden im Mai durch Abwesenheit glänzte. Das bürgerliche Verständnis vom „Bündnis mit der Arbeiterklasse" muß also narodnikihaft sein. Die UJC/ML zog die Folgerung und ging 1967/68 zum großen Teil in die Fabriken. Sie erklärte jede politische Arbeit an der Universität für verlorene Zeit, da die Studenten Kleinbürger seien und mit dem Proletariat kein Bündnis eingehen könnten, solange sie an der Universität blieben. Interessant ist, daß diese Ansicht von Leuten vertreten wurde, die noch vor wenigen Monaten an der Eliteuniversität rein akademische Theorie betrieben hatten!

Während dieser zweiten, narodnikihaften Phase gab die UJC/ML die Zeitung „Dem Volke dienen" („Servir le peuple") heraus. Wie falsch sie allerdings diese Weisung Mao Tsetungs verstand, sollte sich endgültig im Mai 68 zeigen. In der Organisationsfrage schrieb man zwar in der zweiten Phase die „proletarische Disziplin" groß, man schloß sich aber nicht der KPF/ML an, als diese nach jahrelanger Vorbereitung am 31. Dezember 1967 gegründet wurde. Die Begründung war: Die KPF/ML sei nicht wirklich in den proletarischen Massen verankert. Diese Art Argumentation führte zu rechtsopportunistischen Fehlern, die sich logisch aus dem Narodnikitum ergaben. Die UJC/ML sagte: „Wir müssen zu den Arbeitern gehen." Sie fragte dann: „Wo sind die Arbeiter?" und gab sich selbst die Antwort: „In der Gewerkschaft CGT." Daraus folgerten sie nun, man dürfe die Gewerkschaft nicht offen attackieren, man müsse die CGT wieder zu einer Kamporganisation machen. Was daraus wurde, sollte sich nur allzubald zeigen.

Der revolutionäre Sturm

Während die UJC/ML noch daran war, in die Fabriken zu gehen und auf die Studenten zu schimpfen, zog bereits ein revolutionärer Sturm herauf, dem die UJC/ML unter allen revolutionären Organisationen am hilflosesten gegenüberstand. Am Tage nach dem Dutschke-Attentat trafen sich in einer Pariser Wohnung, in der mehrere deutsche SDS-Genossen zu tagen pflegten, zum erstenmal Vertreter aller revolutionären Studentenorganisationen, um eine erste gemeinsame Demonstration (vor der deutschen Botschaft) zu organisieren. Wortführer waren hauptsächlich Daniel Cohn-Bendit und Alain Krivine von der trotzkistisch unterwanderten JCR („Revolutionäre kommunistische Jugend"). Cohn-Bendit und Krivine schlugen vor, nach japanischem und deutschem Muster eine bewegliche Kampfdemonstration zu organisieren und dabei nicht vor Zusammenstößen mit der Polizei zurückzuweichen. Die Vertreter der UJC/ML kritisierten zu Recht den Begriff „antiautoritär", den Cohn-Bendit benutzte, als unmarxistisch. Sie konnten aber im übrigen keinerlei Alternative anbieten. Abstrakt betonten sie nur immer wieder, daß die Demonstration äußerst diszipliniert verlaufen müsse. Nur unter größten Mühen waren sie überhaupt zur Teilnahme zu bewegen.

Wenig später kam es zu den großen Barrikadenschlachten Anfang Mai. Hier zeigte sich nun der



Das Gesicht des französischen Staates

Der Kampf geht weiter!

Rechtsopportunismus der UJC/ML in äußerst fataler Weise. Sie lehnte die Aktionen der Studenten, die hauptsächlich von der JCR und Cohn-Bendits „Bewegung vom 22. März" getragen wurden, in Bausch und Bogen als „kleinbürgerlich" ab. Sie selbst beteiligte sich nicht an den Barrikadenkämpfen. Im Gegensatz dazu sah die KPF/ML sofort, daß es sich hier um eine neue Stufe des Klassenkampfes handelte. Sie sah auch, daß die Studenten von der Bevölkerung unterstützt wurden, daß es sich also nicht um Putschismus handelte. Sie unterstützte in der „Humanité nouvelle" voll und ganz den Kampf der Studenten. Die gleiche Haltung nahmen die chinesischen Marxisten-Leninisten ein. Als die Arbeiter bald darauf, angespornt von dem helden haften Kampf der Studenten, ihrerseits in den Generalstreik traten, trat die UJC/ML wieder auf den Plan. Allerdings — wie wäre es anders möglich gewesen, wollte sie die grundlegende Tatsache nicht anerkennen, daß dieser Streik gegen den Willen der CGT und durch das Beispiel der Studenten zustande gekommen war. Ihr Rechtsopportunismus überschlug sich nun. In einem Augenblick, wo der CGT-Oberbonze mit der brüchigen De-Gaulle-Regierung verhandelte, um sie zu retten, schrie die UJC/ML die Losung aus: „Es lebe die CGT des Klassenkampfes!" Dieser Titel erschien in ihrer Zeitung „Die Sache des Volkes!" („La Cause du Peuple"), worin „Servir le Peuple" umbenannt worden war. Dabei stand der erste Teil („Es lebe die CGT") in riesigen Lettern oben, während der zweite Teil kleiner darunter stand. Opportunistischer ging es nicht. Durch diesen Aufruf wollte man die CGT schnell zu einer Klassenkampforganisation machen — und das in dem gleichen Moment, als die Renault-Arbeiter den CGT-Bonzen Séguy auspfiffen.

An weiteren Beispielen zeigte sich der Rechtsopportunismus der UJC/ML. Es gab damals in Frankreich zwei Arten von Fabrikbesetzungen. Bei dem ersten Typ hatten die Arbeiter massenhaft die Fabriken besetzt, bei dem zweiten Typ hatte die CGT die Sache in der Hand behalten und hielt die Fabrik nur durch eine kleine Gruppe treuer Mitglieder besetzt, um sie den verständigten Kapitalisten wohlbehalten aufzubewahren. Die Bonzen schickten die Arbeiter bei diesem zweiten Typ nach Hause und in die Kneipen, um sie zu demobilisieren. Nur selten riefen sie die Arbeiter zu einer Versammlung in die Fabrik. Die wirklichen Revolutionäre, darunter unsere Genossen von der KPF/ML, erkannten schnell, daß man den ersten Typ von Besetzung zur Agitation ausnutzen mußte, um die revisionistische CGT rechts liegen lassen zu können. Die UJC/ML dagegen bemühte sie oft tagelang darum, auf einer Betriebsversammlung der zweiten Art unter Aufsicht der CGT eine kurze Ansprache halten zu dürfen. Auf einer solchen Versammlung durfte allerdings keine einzige „antigewerkschaftliche Äußerung" (d. h. über den Verrat Séguys) fallen. Die Vertreter der UJC/ML gingen darauf ein. Sie ließen sich dadurch nur vor den Karren der revisionistischen „K"PF spannen.

Welche Lehren können wir aus dieser Entwicklung ziehen?

Ähnliche Schwankungen hat es bei Intellektuellen-Genossen in der KPD/ML auch gegeben. Einige hielten es z. B. für falsch, sich an den Demonstrationen gegen die US-imperialistische Aggression in Kambodscha zu beteiligen. Sie wollten nicht in einem Zug mit den „Langhaarigen aus der Subkultur" durch Arbeiterviertel ziehen. In einigen Parteigruppen gab es auch Schwankungen in der Frage der Solidarität mit dem Heidelberger SDS, während die einen plötzlich den SDS wieder als gefährlichen Feind der Bourgeoisie lobten, meinten andere, wir hätten mit dem SDS-Verbot nichts zu tun.

Die KPD/ML ist imstande, solche Fehler und Schwankungen zu beseitigen. Nur die Partei des Proletariats kann das Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und Studentenbewegung auf die Dauer herstellen und festigen. Das Mittel ist der Aufbau von Massenorganisationen der Partei in allen Klassen und Schichten des Volkes.

Wenn Studenten und Intellektuelle aus den Organisationen der KPD/ML vorübergehend in der Produktion arbeiten, so ist ihre Erziehung das Hauptziel dabei. Die Partei leitet sie an.

Ganz anders die Entwicklung von Gruppen, die mit verschwommenen Zielen in die Betriebe gehen, etwa um selbst Arbeiter zu werden. Ein solches Beispiel ist der „Arbeiterbund-Marxisten-Leninisten" in Hamburg.

Dieser Bund entstand aus der 2.-Juni-Bewegung. Durch längeres Studium der Arbeiterbewegung bereitete er die „praktische Phase" vor. Dann gingen seine Mitglieder in die Betriebe. Wie sah ihre Praxis aus? Sie blieb ökonomistisch. In den Betrieben stieß der „Arbeiterbund" auf die Gruppen der D„K"P. Vor lauter Bewunderung dieser Gruppen, die natürlich besser im Proletariat verankert waren als der „Arbeiterbund", vergaßen sie alles, was sie über Revisionismus gelesen hatten, und schlossen sich bald der D„K"P an.

Wie konnte das geschehen? Der „Arbeiterbund/ML" konnte sich nicht auf einen antirevisionistischen Kampf auf nationaler Ebene stützen. Im Betrieb von den übrigen politischen Kämpfen abgeschnitten, konnte er die Verbindung zwischen ökonomischem und politischem Kampf nicht mehr herstellen.

Dies ist nur ein besonders krasses Beispiel. Bei vielen anderen Organisationen beobachten wir zur Zeit ein ähnliches Abgleiten zum Revisionismus. Je mehr ihnen die organisatorischen und politischen Eigenschaften der Partei fehlen, desto rascher gleiten sie ab. Was später aus solchen Gruppen werden kann, können wir absehen, wenn wir die weitere Entwicklung der UJC/ML betrachten:

Die „Links"-Opportunisten

Nach dem Ende des Streiks und den Wahlen geriet die UJC/ML in eine schwere innere Krise. Viele ihrer Mitglieder erkannten klar, daß die Organisation während dieses großen Klassenkampfes völlig versagt hatte und in schlimmsten Rechtsopportunismus verfallen war. Es kam zu einer „Kampf-Kritik-Umformungs"-Bewegung, die den ganzen Sommer 1968 über dauerte und mit der Spaltung der Organisation endete. Auf der einen Seite bildete sich eine Gruppe heraus, die aus der richtigen Linie der KPF/ML während der revolutionären Phase die Konsequenzen zog und sich ihr anschloß. Die Mehrheit dagegen schwenkte erneut um 180 Grad um und ging vom rechten zum „linken" Opportunismus über. Diese erneute Kehrtwendung, diesmal zum „antiautoritären Kampf auf allen Ebenen", schien eine Art Wahnsinnsakt zu sein, wenn man die bisherige Geschichte der UJC/ML betrachtete. In Wirklichkeit entbehrte er nicht der kleinbürgerlichen Logik: es kam darauf an, sich individualistisch mit dem Proletariat zu verbinden. Man hatte die Erfahrung gemacht, daß das in der CGT nicht klappte. Daraus zog man nun den völlig falschen Schluß, man könne das Ziel ohne jede Gewerkschaft erreichen. Während also die KPF/ML Basisgruppen als Keimzellen für eine Rote Gewerkschaft organisierte, wobei sie ihre Positionen in der CGT nach Möglichkeit behielt und beides miteinander verband, predigte die Rest-UJC/ML, die sich nun „Proletarische Linke" („Gauche Prolétarienne") nannte, den aufrüttelnden Terror.

Die „Proletarische Linke" stellte nun eine „Theorie" auf, nach der in hochentwickelten kapitalistischen Ländern die sozialistische Revolution mit einer umfassenden Kulturrevolution identisch sei. Richtig ist vielmehr, daß der sozialistischen Revolution eine konterrevolutionäre Bewegung vorbereitend vor-

ausgehen muß, daß aber beides durchaus verschieden ist. Bei der „Proletarischen Linken" sieht die Sache dagegen so aus, daß Hand in Hand mit einer kulturrevolutionären Bewegung die eigentliche Revolution, d. h. der bewaffnete Kampf, zu geben hat. Sie stellte daher bereits 1969 die Losung „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" für Frankreich auf und organisierte eine sogenannte „neue Resistance". Diese „neue Resistance" besteht aus paramilitärischen Kommandotrupps, die Überfälle auf staatliche Gebäude (Universitäten, Ratshäuser) sowie auf Barackensiedlungen unternehmen. Bei den Baracken-Aktionen hat es unbestreitbare Erfolge gegeben: an verschiedenen Orten schlossen sich die algerischen Arbeiter den Studenten an, zertrümmerten gemeinsam mit ihnen ihre Baracken und besetzten dann öffentliche Gebäude. Im allgemeinen jedoch gelingt es der „Proletarischen Linken" keinesfalls, die Arbeiter „aufzurütteln". Neben dem „aufrüttelnden" Terror betreibt die „Proletarische Linke" in ihrer Zeitung „Die Sache des Volkes" Terror mit Worten. Sie ruft überall und dauernd zu Streiks, Besetzungen und anderen revolutionären Aktionen auf. Sie wählt dabei eine „Arbeiter-Sprache" mit möglichst vielen „Arschen", „Schnauzen" usw. Sie glaubt, auf diese Weise das ersehnte Bündnis mit der Arbeiterklasse endlich herstellen zu können.

In der Organisationsfrage vertritt die „Proletarische Linke" die Ansicht, die revolutionäre Partei des Proletariats „bilde sich in den Massenkämpfen heraus". Diese sponlaneistische These geht Hand in Hand mit einer Verachtung der revolutionären Theorie. Etwa „wer sich heute in eine Bibliothek setzt und ökonomische Bücher studiert, ist konterrevolutionär". So treibt denn die „Proletarische Linke" ihre „Praxis allseitig voran": man zwingt Professoren zum Strip-tease, zerschlägt Schulen, fordert überall Streiks und organisiert vielleicht neuerdings sogar Sabotageakte auf Werften.

Fassen wir zusammen: Die UJC/ML hat folgende Etappen durchlaufen:

1. eine intellektuell-akademische, 2. eine narodnikihaft-rechtsopportunistische, 3. eine „links"-opportunistische. Die UJC/ML hat in jeder Etappe völlig mit der jeweils vorhergehenden gebrochen. Richtiges und Falsches warf sie damit gleichermaßen über Bord. So konnte sie nie aus ihren Fehlern lernen. Sie brach mit der ersten Etappe und leugnet seitdem die Bedeutung der revolutionären Theorie.

Sie brach mit der zweiten Etappe und leugnet seitdem die Bedeutung revolutionärer Gewerkschaften. Trotzdem ist die Entwicklung völlig logisch: sie ergibt sich zwingend aus dem Ansatz, d. h. dem bürgerlichen Mißverständnis der Losung vom Bündnis der revolutionären Intelligenz mit dem Proletariat.

Natürlich geht es uns nicht um eine rettungslose Verdammung aller Genossen von der „Proletarischen Linken". Wenn wir heute lesen, wie manche von ihnen von Pompidous Schergen verfolgt werden, so können sie unserer Solidarität sicher sein.

angewendet führt die Dialektik zu der Erkenntnis:

Die Geschichte verläuft gesetzmäßig, wir können die Gesetze erforschen und nutzen.

Der Sturz der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats ist unvermeidbar. Je schneller, desto besser.

Die richtige Anwendung der Kenntnis der Gesetze der Geschichte bedeutet heute die proletarische Revolution vorantreiben. Alle übrigen wissenschaftlich erforschten Gesetze werden falsch angewendet, wenn die Anwendung diesem Ziel nicht dient. Wer also z. B. Waffentechnik zur Unterdrükkung der Revolution betreibt, handelt unwissenschaftlich.

Die Bourgeoisie hat Angst vor der Verbreitung des dialektischen Materialismus; sobald die Massen ihn begreifen und anwenden, bringen sie die Bourgeoisie um Kopf und Kragen. Karl Marx sagt: **„Die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."**

Deshalb zwingt die Bourgeoisie die Studenten mit allen Mitteln dazu, daß sie Metaphysik erlernen und nicht den dialektischen Materialismus. Die von der Bourgeoisie ausgehaltenen Prediger der Metaphysik wenden dabei die Methode „der rein logischen Schlußfolgerungen" unter „gegebenen Bedingungen" an. Die „gegebenen Bedingungen" erklären sie als „unveränderbar" oder „nicht näher zu erklären".

Untersuchen wir diese „gegebenen Bedingungen" genauer, so stellen wir stets fest, es sind die Bedingungen, welche die Bourgeoisie für ihre Diktatur braucht. Die Bourgeoisie selbst macht und erfindet die „gegebenen Bedingungen".

Das ist so in jedem Fachgebiet: Seien es die „unveränderbaren menschlichen Werte" in der Erziehungswissenschaft, sei es die „persönliche Nutzenstruktur" in der Wirtschaftswissenschaft, seien es die „unveränderbaren Urtriebe" in der Psychologie, seien es die „vorgegebenen Zielvorstellungen" in den Natur„wissenschaften".

Damit noch nicht genug, würdigen sie jede Wissenschaft zu einem Haufen von Formeln und „Gesetzen" herab, die sie zusammenhanglos nebeneinanderreihen. Die Studenten sollen das ganze sinnlose Zeug auswendig lernen.

Damit verfolgt die Bourgeoisie nur das eine Ziel: die Studenten sollen zu willenlosen, blinden und dummen Handlangern erzogen werden. Der Widerspruch spitzt sich zu: je mehr der Kampf gegen den Imperialismus anwächst, je offensichtlicher die reaktionäre Rolle der Bourgeoisie und ihrer „Wissenschaft" wird, desto mehr muß die Bourgeoisie die Studenten verdummen.

Der wachsende Widerstand der Studenten gegen das dekadente Bildungssystem ist unvermeidlich.

Vorschlag für den Aufbau des kommunistischen Studentenbundes Marxisten/Leninisten

KSB/ML

„Um eine politische Macht zu stürzen, ist es immer notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten. Das trifft zu für die revolutionären wie für die konterrevolutionären Klassen."

MAO TSETUNG

Die führende revolutionäre Klasse ist das Proletariat. Die führende konterrevolutionäre Klasse ist bei uns die westdeutsche imperialistische Monopolbourgeoisie.

Nur die Partei des Proletariats kann das Proletariat zum Sieg führen. Die Partei muß dem Proletariat die Waffe des Marxismus-Leninismus schmieden und die breitesten Volksschichten unter der Führung des Proletariats vereinigen.

Die Mehrheit der Studenten ist objektiv ein Bündnispartner des Proletariats

Die überwiegende Zahl der Studenten, gerade in den Massenfächern, stammt aus kleinbürgerlichen, halbproletarischen und zum geringen Teil sogar aus proletarischen Familien. Von ihrer Herkunft gesehen haben sie kein Interesse an der Diktatur der Bourgeoisie. Zwar träumen viele zu Anfang noch den kleinbürgerlichen Traum von der großen Karriere, betrachten sie aber nüchtern ihre Zukunft, sehen sie, was ihnen blüht: sie werden landen, wo sie hergekommen sind, im Kleinbürgertum.

Diese Kleinbürger erfahren, solange sie Studenten sind, einen besonderen Widerspruch zwischen sich und der Bourgeoisie: Der überwiegende Teil der Studenten will ernsthaft studieren. Sie suchen ehrlich nach Wahrheit und wollen wissen, was richtig und was falsch ist.

Die Bourgeoisie wehrt sich hartnäckig gegen die Wahrheit, weil sie in Wahrheit verfault ist und kurz vor ihrem Untergang steht.

Mit der Waffe des dialektischen Materialismus die Metaphysik entlarven

Die kommunistischen Studenten nehmen den Kampf auf und weisen die Metaphysik in jedem Fachbereich nach. Sie werden in jedem besonderen Fachbereich beweisen, daß der Materialismus die einzig wissenschaftliche Anschauung und die Dialektik die einzig wissenschaftliche Methode ist.

Die Bourgeoisie stemmt sich mit allen Mitteln gegen die Verbreitung dieser Wahrheit. Sie bezahlt die Universitäten, die Professoren und die übrigen Angestellten und macht sie damit abhängig. Den Professoren gibt sie die „Lehrfreiheit", das ist die Freiheit zu lehren, was die Bourgeoisie bezahlt. Sie gibt ihnen auch die „Prüfungsfreiheit", das ist die Freiheit, die Studenten zu zwingen, das unverdauliche Zeug auswendig zu lernen und es später in der Prüfung wiederzukäuen. Damit sie die Unzufriedenheit der Studenten auffangen, haben die Handlanger der Bourgeoisie gegen den Widerstand von feudalen Pasten im Erziehungswesen Mitbestimmungsgremien eingerichtet. Das ist ein Feigenblatt für die Diktatur der Bourgeoisie, die Studenten können in diesen Gremien „Demokratie" spielen, aber nichts bestimmen.

Die Bourgeoisie sichert ihre Diktatur auch an der Universität, ihre Handlanger schützt sie durch Gesetze und letztlich durch die bewaffnete Gewalt ihres Staates.

Welche Kampfmittel haben die Studenten?

Die Studenten verbreiten Kritik an dem Lehrstoff, an der Lehrmethode und dem Ziel der Forschung und Lehre. Sie fordern, nach der richtigen Methode studieren zu können. Dabei verwenden sie eigene unabhängige Versammlungen und Arbeitsgruppen, setzen die Anerkennung dieser Gruppen durch Vorlesungsstreiks, Prüfungsboykott u. ä. durch.

Die Studenten des KSB/ML unterscheiden sich in der Anwendung dieser Kampfmittel von anderen linken Studenten:

Sie kämpfen nicht gegen die Autorität eines Professors, bloß weil er autoritär ist, wie manche Anarchisten.

Sie kämpfen nicht gegen die Universitätsbürokratie, weil sie „die Bürokratie" für die Wurzel allen Übels hielten, wie manche Trotzkisten.

Sie kämpfen nicht um die „Mitbestimmung" in Drittelparitätsgremien, in denen nur über den reibungslosen Ablauf der Unterdrükkung bestimmt werden kann, wie das Revisionisten und Reformisten aller Schattierungen tun.

Die Studenten des KSB/ML kämpfen gegen einzelne Professoren, gegen die imperialistisch gesteuerte Universitätsbürokratie und um Sitze in irgendwelchen Gremien nur mit einem Ziel: Die bürgerliche „Wissenschaft" soll entlarvt und zerstört, der dialektische Materialismus verbreitet werden. Die Kampfformen sind zur Zeit hauptsächlich legaler Art. Je mehr die imperialistische Bourgeoisie Westdeutschlands zum offenen faschistischen Terror übergeht, nehmen illegale Kampfformen an Bedeutung zu.

Die Studenten des KSB/ML haben keine Illusionen. Sie wissen, für die Bourgeoisie ist es nur eine taktische Frage, wann, wie und mit welchen Mitteln sie zuschlägt. Jeden, der die richtige Wissenschaft verbreitet, betrachtet die Bourgeoisie notwendig von vornherein als Todfeind.

Solange die Diktatur der Bourgeoisie besteht, kann der Kampf um die Wahrheit nicht enden. Zeitweilige Erfolge an der Universität wird die Bourgeoisie immer wieder zerschlagen.

Die Studenten können ihr Ziel, daß sie unbehelligt, ernsthaft, planmäßig nach Wahrheit suchen dürfen, nur unter der Diktatur des Proletariats erreichen.

Deshalb sind diese Studenten ein objektiver Bündnispartner des Proletariats.

Die objektive Linke organisieren, die Schwankenden beeinflussen, die Rechte isolieren und schlagen!

Wer ist die objektive Linke unter den Studenten? Das sind die Studenten, die den dialektischen Materialismus begreifen, ihn schöpferisch anwenden und sich im Kampf gegen die bourgeoise „Wissenschaft" und ihre Prediger stählen.

Wie finden wir die objektive Linke? Nur durch den Kampf. Wer ohne Rücksicht auf den eigenen Vorteil den Kampf gegen die „bürgerliche Wissenschaft" und für die Verbreitung des dialektischen Materialismus führt, der stellt sich damit bereits auf die Seite des Proletariats. Diese Studenten sollen sich im KSB/ML organisieren und schulen.

Wer vorwiegend faulenzen will, seinen Lernstörungen freien Lauf läßt, sich nach sexueller Freiheit sehnt, die Befreiung vor allem seiner eigenen Person erträumt und gegen „die Autorität an sich" kämpft, also kurz gesagt, seine persönlichen Wünsche dem objektiv notwendigen Kampf voranstellt, der wird stets schwankend sein. Mal unterstützt er die Bourgeoisie, mal das Proletariat.

Solche Studenten sind stets anfällig gegen die Betrügereien der Bourgeoisie, sie neigen zum Karrierismus und Reformismus und zum ängstlichen Rückzug.

Die organisierte Linke muß diese Studenten ständig überzeugen von der richtigen Politik der Linken, und von der Falschheit des Traums von der persönlichen Befreiung. Bei einer richtigen Politik werden die Schwankenden die Linke unterstützen oder sich wenigstens neutral verhalten.

Die objektive Rechte, das ist zum einen der Nachwuchs der Bourgeoisie, der sich qualifizieren will für die schon bereitgehaltene Position in den Reihen der Ausbeuterklasse. Zum anderen sind es die unverbesserlichen reaktionären Karrieristen aus dem Kleinbürgertum, die vom Aufstieg in die Bourgeoisie träumen. Wir finden sie als Speichellecker in der Umgebung der Professoren. Auch im Studentenparlament halten sich stets einige dieser Exemplare auf, sie üben dort „Politiker". Sie sind zu jeder Lüge und Bosheit gegenüber anderen Studenten bereit, sie sind vollkommen korrupt und denken nur an sich selbst. Diese Menschen sind Spitzel und Agenten, sie müssen vollständig entlarvt und isoliert werden.

Der Kampf zwischen Studenten und Bourgeoisie

Kampf um die Wahrheit

Die Wissenschaft soll die Gesetze der Natur und der Gesellschaft erforschen und sie den Menschen nutzbar machen.

Seit Karl Marx gibt es im wesentlichen nur noch zwei Wissenschaften: den dialektischen Materialismus, das ist die richtige und erfolgreiche Wissenschaft des Proletariats, und die Metaphysik, das ist die „Wissenschaft" der Bourgeoisie, sie ist zum Mißerfolg verurteilt.

Der Materialismus geht davon aus, daß die Wahrheit in den Dingen selbst, in der Materie liegt. „Die ‚Tatsachen' sind alle objektiv existierenden Dinge, die ‚Wahrheit' ist ihr innerer Zusammenhang, d. h. ihre Gesetzmäßigkeit ..." MAO TSETUNG. Die Materie bewegt sich, vorangetrieben durch ihre inneren Widersprüche. Diese Bewegung ist gesetzmäßig; wir sind imstande, die Gesetze zu erforschen.

Die richtige Methode, die Gesetze zu erforschen, ist die Dialektik. Da alles nur Materie ist, kann die Dialektik auf jedes Wissenschaftsgebiet erfolgreich angewendet werden, denn jedes Wissenschaftsgebiet untersucht die eine oder andere Form der sich bewegenden Materie. Auf die Gesamte

Den antiimperialistischen Kampf der 2. Juni-Bewegung weiterführen!

Der Kampf für die Verbreitung des dialektischen Materialismus ist bereits ein wichtiger Teil des Kampfes gegen den Imperialismus. Nur diejenigen Studenten, welche diesen Kampf richtig führen, können auch die antiimperialistische Propaganda in der Bevölkerung, die Straßendemonstrationen und Straßenkämpfe richtig führen.

Die 2.-Juni-Bewegung unter Führung des SDS war eine revolutionäre Bewegung, sie kämpfte gegen die bürgerliche Wissenschaft, die Unterdrückung an der Universität und gegen den US-Imperialismus und seine Verbündeten und Handlanger.

Diese Bewegung verfügte aber nicht über den dialektischen Materialismus. Deshalb konnte sie nur vorübergehend erfolgreich sein, deshalb suchte sie die Verbindung mit der Arbeiterbewegung vergebens.

Die Studenten des KSB/ML werden diese Kämpfe unter Führung der KPD/ML weitertreiben. Sie verfallen dabei nicht in den Fehler des rein moralischen Protests, der blinden Provokation und des ziellosen gewaltsamen Angriffs auf einen überlegenen Feind. Sie erkennen klar die Aufgaben der jetzigen Etappe der Revolution.

Vordringlich ist der Kampf an der ideologischen Front, die Aufklärung der Bevölkerung über die Verbrechen des US-Imperialismus, des Sozialimperialismus, des westdeutschen Imperialismus und aller ihrer Handlanger. Damit bereiten wir den Kampf auf einer höheren Stufe vor. Das Ziel ist, das mehr und mehr schwindende Vertrauen der Bevölkerung zur Bourgeoisie, ihrem Staat und ihren Verbündeten völlig zu zersetzen.

Damit legt der KSB/ML das Fundament für zahlreiche weitere Massenorganisationen der KPD/ML in den verschiedenen kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten. Damit entwickelt sich der antiimperialistische Kampf in die Breite und in die Tiefe.

Dem Volke dienen!

Die Studenten des KSB/ML studieren eifrig den Marxismus-Leninismus und besonders den dialektischen und historischen Materialismus. Bei diesem Studium erkennen sie das Richtige und lernen das Falsche bekämpfen.

Sie erkennen, daß es richtig ist, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen und die Bourgeoisie zu bekämpfen.

Unter der Führung der KPD/ML beteiligen sie sich am antiimperialistischen Kampf und leisten einen wichtigen Beitrag.

Der Kampf hört nicht mit dem Studium auf. Die meisten KSB/ML-Studenten werden in kleinbürgerlichen Berufen den Kampf an der ideologischen und organisatorischen Front weiterführen. In ihrem Beruf werden sie stets die Frage stellen: Gut für das Proletariat oder gut für die Bourgeoisie?

Da sie den dialektischen Materialismus unter Führung der Partei anwenden gelernt haben, werden sie die Frage richtig beantworten und den Kampf richtig führen. Damit bereiten sie den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats vor. Unter der Diktatur des Proletarists werden diese Intellektuellen nicht wieder das Volk verraten, wie es so oft geschehen ist, sie bilden ein Kontingent revolutionärer Intellektueller, das dem Volk dienen kann und will.

Zum SDS-Verbot

Das Verbot des Heidelberger SDS hat vor allem unter der studentischen Linken eine allgemeine, z. T. hilflose Aufregung und vielfach eine kurzschlüssige Wiederbelebung schon überwunden geglaubter Vorstellungen hervorgerufen. Auch von einigen Marxisten-Leninisten ist es nicht immer in seiner vollen Bedeutung erfaßt worden.

Es ist deshalb — nach der ersten Welle der Empörung und Solidarisierung gegen diesen faschistischen Akt der Unterdrückung des studentischen Kampfes — unbedingt nötig, das SDS-Verbot richtig zu beurteilen und die richtigen Lehren daraus zu ziehen.

In der Welt der gegenwärtigen Epoche existieren vier große Widersprüche:
der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits;
der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern;
der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten;
der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits."
(Lin Biao, Bericht auf dem 9. Parteitag der KP Chinas)

In Westdeutschland ist der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie der grundlegende Widerspruch, der die gesellschaftliche Entwicklung in diesem Land bestimmt. Die Verschärfung dieses Widerspruchs zeigte sich u. a. in der „Rezession" von 1966/67. Die Kapitalisten selbst wissen genau, daß die „Rezession" nur einen Vorgeschmack auf kommende Krisen gegeben hat. Deshalb hatten sie es 1968 auch so eilig, die Notstandsgesetze über die Bühne zu bringen. Denn sie wissen auch, daß die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen, die zusammen die überwältigende Mehrheit des Volkes bilden, eine weitere Verschlechterung ihrer Lage nicht länger hinnehmen und in zunehmender Breite den Kampf gegen das ganze kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen werden.

Die Arbeiterklasse ist die einzige konsequent revolutionäre Klasse, die die breitesten Volksmassen vereinigen und zum Sieg über alle Ausbeuter und Unterdrücker führen kann. Dazu braucht sie eine **starke proletarische Partei**, in der sich ihre besten Vertreter und andere fortschrittliche Menschen zusammenschließen. Durch den revisionistischen Verrat der KPD/DKP war die westdeutsche Arbeiterklasse den Angriffen der Bourgeoisie jahrelang demoralisiert und führungslos ausgesetzt. Welche Energie sie dennoch spontan entwickeln kann, haben die Septemberstreiks des letzten Jahres bewiesen; sie haben aber noch mehr die Perspektivlosigkeit des bloß ökonomischen Kampfes gezeigt, der immer nur die Verteidigung der materiellen Lage des Proletariats und der übrigen Werktätigen zum Ziel hat, ohne die gesellschaftliche und politische Macht der Kapitalistenklasse gefährden zu können.

So wurde der Neuaufbau einer kommunistischen Partei zur obersten Pflicht aller wahren Marxisten-Leninisten. Der Aufbau dieser Partei, der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN, wurde vor anderthalb Jahren begonnen und schreitet sehr gut voran. Die revisionistische KPD/DKP dagegen entlarvt sich immer mehr als Handlanger der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung.

Die Verschärfung der inneren Widersprüche des westdeutschen Monopolkapitalismus mobilisiert (im Zusammenwirken mit der Verschärfung der anderen großen Widersprüche in der Welt dieser Epoche) auch immer größere Teile der kleinbürgerlichen Zwischenschichten, vor allem der Studenten, die sich dagegen wehren, zu gefügigen Werkzeugen des herrschenden Monopolkapitals ausgebildet zu werden. Wie in fast allen kapitalistischen Ländern und anders als in früheren Jahrzehnten sind auch die Studenten in Westdeutschland heute eine starke revolutionäre Kraft. Viele von ihnen haben auch bereits erkannt, daß sie sich mit den werktätigen Massen unter Führung des Proleteriats gegen den gemeinsamen Feind, die herrschende Kapitalistenklasse und ihren Staat, verbünden müssen. Und nicht wenige unterstützen sogar aktiv den Aufbau der proletarischen Partei, der KPD/ML. Daneben gibt es studentische Gruppen, die die direkte Verbindung mit den Werktätigen suchen, unter ihnen fortschrittliche Aufklärung betreiben und die verschiedenen Anschläge des Monopolkapitals gegen die Interessen der breiten Volksmassen entlarven und anprangern.

Eine solche Gruppe war der Heidelberger SDS. Durch verschiedene Aktionen und Maßnahmen zur Unterstützung der Interessen der werktätigen Massen — vor allem durch die Rote-Punkt-Aktion — hatte sich der Heidelberger SDS die Führung innerhalb der Studentenschaft und die Sympathie breiter Kreise der Bevölkerung erworben. Zuletzt, am 19. Juni, hatte er eine antiimperialistische Demonstration organisiert, um gegen die Abhaltung einer internationalen „Entwicklungshilfe"-Konferenz und den „Besuch" des ehemaligen Kriegsministers und jetzigen Weltbankpräsidenten McNamara in Heidelberg zu protestieren.

Durch massiven und brutalen Einsatz gelang es der Polizei, eine Straßenschlacht zu provozieren, die dann (untermauert durch gezielte Falschmeldungen über das Verhalten der Demonstranten) der Landesregierung als Anlaß diente, am 25. Juni das Verbot des Heidelberger SDS zu verfügen.

Der westdeutsche Staat ist das Unterdrückungsinstrument des Monopolkapitals

Der grundlegende Ansatz zu einer marxistisch-leninistischen Beurteilung des Verbots des Heidelberger SDS muß ausgehen vom Wesen des Staates. „Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft." (Lenin, „Staat und Revolution"). Der bürgerliche Staat in Westdeutschland ist also in erster Linie ein Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats. Die parlamentarische, demokratische Republik ist dabei nur die besondere Hülle, hinter der sich die Diktatur der Bourgeoisie verbirgt. Wird diese Hülle brüchig und untauglich, die Herrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten, dann hat die Bourgeoisie noch nie gezögert, ihre Diktatur auf faschistische Gewalt zu stützen.

Diese allgemeine Lehre der Geschichte vergessen und die besonderen faschistischen Züge der bundesrepublikanischen Demokratie nicht sehen wollen, bedeutet Verrat an der sozialistischen Revolution üben. Genau das aber ist die Haltung der DKP. Und um ihren Revisionismus angesichts des immer offener faschistischen Charakters dieses westdeutschen Staates „begründen" zu können, flüchten sie sich in das Gerede von den „aggressiven reaktionären Kreisen" innerhalb der herrschenden Klasse, neben denen es angeblich noch „vernünftige" Kreise gibt, die vor allem in den jetzigen Regierungsparteien zu suchen seien. Aber mit ihrem scheinheiligen Gezeter über die „verschärfte Aggressivität der Reaktion" (DKP-Hochschulgruppe Göttingen in einem Solidaritätstelegramm nach Heidelberg) entlarven sie sich nur immer mehr als Quislinge genau dieser Reaktion (deren Zustimmung sie ja ihre eigene Existenz als Partei verdanken!) innerhalb der Arbeiterbewegung.

Neben dieser rechtsopportunistischen Haltung zum Staat im allgemeinen und zum SDS-Verbot im besonderen gibt es — gerade unter den Studenten selbst — äußerst gefährliche **„linke" Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Lehre** über den Staat.

Bei der Einschätzung der herrschenden Bourgeoisie muß man immer von dem Prinzip ausgehen: Den Gegner strategisch geringschätzen, ihn aber taktisch ernstnehmen. Strategisch ist die Bourgeoisie ein Papiertiger, der dem Sturm der werktätigen Massen nicht standhalten kann. Taktisch aber darf man seine Kräfte und Aktionen nicht unterschätzen, wenn man schwere Fehler und Rückschläge vermeiden will. Deshalb ist es eine sträfliche Täuschung und Selbstüberschätzung, das SDS-Verbot als **Verzweiflungsakt** der Herrschenden darzustellen, der ihren nahenden Zusammenbruch anzeigt. Oder wie die KPD/AO schreibt: „Die Repressionsmaßnahmen gegen Euch sind Ausdruck der Ohnmacht Euren Entlarvungsaktionen gegenüber." (In einem Solidaritätstelegramm an den Heidelberger SDS.) Das SDS-Verbot ist im Gegenteil ein Beweis der Machtmittel der Bourgeoisie und ihres Staates. Wer das nicht sehen will, daraus nicht Konsequenzen für die eigenen Kampfmethoden ableitet und gleichzeitig über die „Ohnmacht" der Herrschenden triumphiert, der stellt damit faktisch den Ernst seines eigenen revolutionären Anspruchs in Frage.

Die taktische Bedeutung des Verbots

Daß das Verbot des Heidelberger SDS nicht etwa eine einmalige und örtlich begrenzte Reaktion einer übergeschnappten Landesregierung ist, das beweist nicht zuletzt auch die Tatsache, daß das Verbot mit dem Bonner Innenministerium abgesprochen war (vgl. **Stuttgarter Zeitung** vom 26. 6.). D. h. die Bonner Regierung hat ganz bewußt ihre „sozial-liberale" Maske abgelegt, die sowieso kaum noch jemanden täuschen kann. In der kommenden Periode der Verschärfung des Klassenkampfes werden auch die rückständigsten Schichten der Massen die wahre Natur dieser Regierung und dieser Parteien erkennen.

Und genau im Zusammenhang mit dieser kommenden Verschärfung des Klassenkampfes muß man die taktische Bedeutung des SDS-Verbots begreifen:

Roter Morgen Zentraler Literaturvertrieb für Publikationen aus der Volksrepublik China

Liste der lieferbaren Werke Mao Tsetungs (Auswahl):

Titel	DM
AUSGEWÄHLTE WERKE IN 4 BÄNDEN zusammen	20,—
Ausgewählte Werke Band I	5,—
Ausgewählte Werke Band II	6,50
Ausgewählte Werke Band III	5,—
Ausgewählte Werke Band IV	6,50
Ausgewählte Militärische Schriften	6,50
Sechs Militärische Schriften (Plastikumschlag)	2,50
Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung (Plastikumschlag)	1,50
Vorsitzender Mao Tsetung über den Volkskrieg (Plastikumschlag)	—,50
Fünf Schriften des Vorsitzenden Mao Tsetung (Plastikumschlag)	—,60
Vier philosophische Monographien von Mao Tsetung	1,50
Fünf Dokumente über Literatur und Kunst	—,45
Die drei ständig gelesenen Artikel	—,60
Sammelband I (Über die neue Demokratie, Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit)	1,90
Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft	—,45
Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei	—,60
Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen	—,60
Gegen die Buchgläubigkeit	—,60
Kümmern wir uns um das Alltagsleben der Volksmassen, achten wir auf die Arbeitsmethoden!	—,45
Strategische Probleme des revolutionären Krieges in China	1,50
Über die Praxis	—,60
Über den Widerspruch	1,—
Gegen den Liberalismus	—,45
Der Platz der Kommunistischen Partei Chinas im nationalen Krieg	—,60
Die Frage der Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Einheitsfront	—,45
Die Orientierung der Jugendbewegung	—,45
Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht	—,45
Der Zeitschrift „Kommunist" zum Geleite	—,60
Aktuelle Probleme der Taktik in der antijapanischen Einheitsfront	—,60
Vorwort und Nachwort zur „Untersuchung der Verhältnisse im Dorf"	—,45
Unsere Schulung umgestalten!	—,45
Die Denk- und Arbeitsweise der Partei ausrichten!	—,60
Gegen den Parteischematismus	—,60
Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst	—,60
Organisieren!	—,45
Dem Volke dienen!	—,45
Yü Gung versetzt Berge	—,45
Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong	—,45
Über einige wichtige Fragen in der gegenwärtigen Politik der Partei	—,45
Rede auf einer Kaderkonferenz im befreiten Gebiet Schansi-Suiyüan	—,60
Über die Stärkung des Systems der Parteikomitees	—,45
Bericht an die zweite Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas	—,60
Über die demokratische Diktatur des Volkes	—,60
Die Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft	—,60
Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke	1,—
Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit	—,60
Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?	—,45
Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien (Erklärung vom 20. Mai 1970)	—,45
Genosse Mao Tsetung über „Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger"	—,70

Schriften über aktuelle Angelegenheiten

Titel	DM
Wegweiser zum Sieg der revolutionären Völker aller Länder	—,45
Selbstbekenntnis der Ausweglosigkeit (Kommentar zu Nixons „Antrittsrede" und dem verachtungswürdigen Beifall der sowjetrevisionistischen Renegatenclique)	—,45
Nieder mit den neuen Zaren!	—,30
Nieder mit den neuen Zaren! (Bildband)	—,60
Erklärung der Volksrepublik China (24. Mai 1969)	—,45
Zurückweisung der absurden Behauptungen der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten	—,45
Totaler Bankrott des sowjetischen modernen Revisionismus	—,60
Abscheuliche Aufführung der Selbstentlarvung	—,45
Leninismus oder Sozialimperialismus?	—,50
Das Volk Vietnams wird triumphieren! Die USA-Aggressoren werden geschlagen werden! (3 Foto-Bildbände) zusammen	2,—
Das Volk Vietnams wird triumphieren! Die USA-Aggressoren werden geschlagen werden! (Auswahl von Werken chinesischer bildender Künstler, die dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggressoren gewidmet sind)	3,50

Schriften über die internationale kommunistische Bewegung

Titel	DM
Leninismus und moderner Revisionismus (1963)	—,45
Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA (1963)	—,45
Ein Spiegel für Revisionisten (1963)	—,45
Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)	1,10
Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? (Dritter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963)	—,60
Die Verfechter des neuen Kolonialismus (Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963)	—,60
Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden (Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963)	—,60
Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz (Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963)	—,60
Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt (Neunter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1964)	—,60
Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist (1964)	—,45

Einmal sollte es einfach ein Exempel statuieren, das zumindest die DKP-Opportunisten schon verstehen werden ...

Zum anderen sollte es einen **Vorgeschmack** geben auf weitere, härtere Anschläge auf die revolutionäre Bewegung. Die Bourgeoisie sieht sehr wohl die Gefahr eines revolutionären Aufschwungs der Arbeiterbewegung, der, geführt von einer starken proletarischen Kampfpartei, die Epoche ihres Untergangs einleiten wird. Für die zu erwartende Zeit des offenen faschistischen Kampfes gegen die organisierte Arbeiterklasse wird schon jetzt die „öffentliche Meinung" vorbereitet. Das Rezept ist einfach: Man beginnt zuerst mit dem Verbot einer, dann einiger weiterer Organisationen, die einerseits klein und ungefährlich, andererseits bekannt genug sind. So sollen die Massen an Verbote und andere faschistische Maßnahmen **gewöhnt** werden. Der lange vorbereitete Schlag gegen die eigentlich gefährliche Kraft, die marxistisch-leninistische Partei, soll auf diese Weise getarnt werden — **die Partei wird** eingereiht in die Nachbarschaft der verschiedensten „radikalen" „Organisationen", ihr Verbot erscheint als eine Maßnahme unter anderen. Die Taktik wurde in Frankreich gegenüber der PCFML exemplarisch vorexerziert.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Bedeutung des Verbots?

1. Den Kampf gegen die Monopolbourgeoisie und ihren Staat erfolgreich organisieren und führen kann nur eine **disziplinierte, schlagkräftige marxistisch-leninistische Partei.** Für jeden, der wirklich die sozialistische Revolution will, muß deshalb der Aufbau und die Stärkung dieser Partei die vordringlichste Aufgabe sein.

Völlig verfehlt ist es deshalb, im SDS-Verbot den Beweis für die strategische Richtigkeit und Stärke der Politik und Organisation der Heidelberger Studenten zu sehen. Noch verfehlter ist es, den SDS auf Landesebene wiederaufleben zu lassen. Diese kurzschlüssige Reaktion kann der Bourgeoisie nur recht sein, da sie die ideologische und politische Annäherung der Studenten an die proletarische Bewegung weiterhin verzögert.

2. Eine kommunistische Partei, die sich ihre Handlungsfreiheit nicht durch die Preisgabe ihrer revolutionären Ziele erkaufen will, muß sich darauf einrichten, daß die Bourgeoisie sie mit allen Mitteln der faschistischen Gewalt bekämpfen wird. „Es ist klar, daß eine Partei, die eindeutig die gewaltsame Zerstörung des Staatsapparates ins Auge faßt, es sich in der kapitalistischen Hochburg nicht bequem einrichten kann. Wenn ihre aktiven Mitglieder aus geringstem Anlaß verhaftet werden, in Zeiten des Terrorismus hingerichtet werden, aus ihren Fabriken gejagt, von der Polizei verfolgt werden, dann hat eine solche Partei nur die Wahl zwischen dem Aufgeben ihrer kämpferischen Prinzipien und dem Weg in den Untergrund bis zum Vorabend des Aufstandes. Man soll sich keine Illusionen machen; man teilt keine Schläge aus, ohne auch einige zu erhalten, man streckt den Kopf nicht aus dem Schützengraben, um den Feind zu treffen, ohne selber Gefahr zu laufen, daß man getroffen wird. Die Partei des Proletariats aufzulösen in Massenorganisationen revolutionären Charakters innerhalb eines lockeren und legalen Systems von Komitees, bedeutet, wie uns Lenin lehrt, Verzicht auf jedwede Aussicht, die Revolution zu machen." (aus „L'Humanité rouge" vom 2. 4. 1970).

3. Der **Kampf der Studenten muß mit der proletarischen Bewegung vereinigt** werden. Dazu reicht es aber nicht aus, wie die Heidelberger Studenten zu versichern, daß man den „Kampf mit der Perspektive eines festen Bündnisses mit der Arbeiterklasse" fortsetzen werde (Flugblatt für die Heidelberger Betriebe vom 25. 6.). Solange organisierte Studenten diese Versicherung an die unorganisierten Arbeitermassen richten, bleibt sie eine hohle Phrase, hinter der sich objektiv der Führungsanspruch kleinbürgerlicher Intellektueller verbirgt. Das Bündnis der Studenten mit dem Proletariat kann sich nur unter der Anleitung und Führung der proletarischen Partei vollziehen. Und dieses Bündnis in Angriff nehmen, kann gegenwärtig für die Studenten nur heißen: Anerkennung der Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei, Unterstützung ihres Aufbaus und — für die fortgeschrittensten Studenten — Vereinigung mit den bewußtesten Elementen des Proletariats und anderen fortschrittlichen Menschen in dieser Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der proletarischen Disziplin.

4. Das Bündnis des Proletariats mit den Studenten kann keine formale und prinzipienlose Vereinigung sein. Im Gegenteil: Es verlangt den **ständigen kompromißlosen Kampf gegen alle Erscheinungsformen der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Ideologie** innerhalb der Studentenbewegung und eine beharrliche Erziehungsarbeit in einer langen Periode des praktischen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind.

(Aus Nr. 1 der Zeitschrift „ROTER OKTOBER", herausgegeben von der KPD/ML, Ortsgruppe Freiburg.)

Hört RADIO PEKING

Täglich auf Kurzwelle
19.00—20.00 Uhr
43,7 - 42,8 - 40,8 und 25,6 m
21.00—22.00 Uhr
43,7 - 42,8 und 31,7 m

RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00— 6.30 h	41,50 Meter	215 Meter
13.00—13.30 h	32,41 Meter	
14.30—15.00 h	32,41 Meter	
16.00—16.30 h	32,41 Meter	
18.00—18.30 h	32,41 Meter	
19.00—19.30 h	41,50 Meter	
21.30—22.00 h	41,50 Meter	
23.00—23.30 h	41,50 Meter	215 Meter

Studiert die Dokumente des IX. Parteitags der KPCh



Tung Pi-wu, Chou En-lai, Mao Tsetung, Lin Biao, Chen Po-ta, Kang Sheng, Chiang Ching, Chang Chung-chiao, Yao Wen-yuan

	DM	
Antwort des ZK der KP Chinas auf das Schreiben des ZK der KPdSU vom 15. Juni 1964	—,60	☐
Antwort des ZK der KP Chinas auf das Schreiben des ZK der KPdSU vom 30. Juli 1964	—,45	☐
Den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus bis zum Ende führen (1965)	—,45	☐
Die Führer der KPdSU sind Verräter an der Deklaration und Erklärung (1965)	—,45	☐
Die neuen Führer der KPdSU bekennen sich zur Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit (1966)	—,45	☐
Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben (1963)	—,60	☐
Die historischen Lehren des Antifaschistischen Krieges	—,45	☐

Dokumente und Theoretische Abhandlungen

	DM	
Kommuniqué der 11. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (angenommen am 12. August 1966)	—,45	☐
Kommunique der erweiterten 12. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (angenommen am 31. Oktober 1968)	—,45	☐
Lin Biao: Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas	—,80	☐
Statut der Kommunistischen Partei Chinas (Plastikumschlag)	—,50	☐
Pressekommuniqués vom IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas	—,60	☐
Dokumente des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas	1,30	☐
Lin Biao: Es lebe der Sieg im Volkskrieg!	—,80	☐
Zusammenfassung der von Genossin Djiang Tjing im Auftrage des Genossen Lin Biao einberufenen Beratung über die Arbeit in Literatur und Kunst in der Armee	—,70	☐
Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!	—,45	☐
Das ganze Land muß eine große Schule der Maotsetungideen werden	—,45	☐
Die Volksarmee ist unüberwindlich	—,45	☐
Li Dsuo-Peng: Strategisch: Einer gegen Zehn Taktisch: Zehn gegen einen — Darlegung der Ideen des Genossen Mao Tsetung über die Strategie und Taktik des Volkskriegs	—,60	☐

Bücher über die große proletarische Kulturrevolution in China

	DM	
Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die große proletarische Kulturrevolution (angenommen am 8. August 1966)	—,45	☐
Rundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (16. Mai 1966)	—,45	☐
Ein epochemachendes Dokument	—,45	☐
Vorwärts auf dem breiten Weg der Maotsetungideen	—,60	☐
[illegible]	—,45	☐

	DM	
Für die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats kämpfen	—,45	☐
Die große proletarische Kulturrevolution Heft 4	—,60	☐
Die große proletarische Kulturrevolution Heft 8	—,60	☐
Die große proletarische Kulturrevolution Heft 9	—,45	☐
Die große proletarische Kulturrevolution Heft 10	—,60	☐
Verrat an der Diktatur des Proletariats — der Kernpunkt des Buches über die „Selbstschulung"	—,45	☐
Yao Wen-Yüan: Kommentar zu den zwei Büchern von Tao Dschu	—,60	☐
Yao Wen-Yüan: Die Arbeiterklasse muß bei allem die Führung innehaben	—,45	☐
Zur erneuten Erziehung der Intellektuellen	—,45	☐
Den Weg der Werkzeugmaschinenfabrik Schanghai gehen, Techniker aus der Arbeiterschaft heranzubilden	—,60	☐
Nehmt frisches Blut aus dem Proletariat auf!	—,45	☐
Laßt bei allem die Maotsetungideen das Kommando führen!	—,45	☐
Hebt das Banner der Geschlossenheit des IX. Parteitages hoch, um noch größere Siege zu erringen!	—,45	☐
Hof für die Pachteinnahme-Skulpturengruppe aus Ton (Bilderalbum)	2,50	☐
Die rote Sonne erhellt den Weg, auf dem Dadschai vorwärtsschreitet! (Foto-Bildband)	3,50	☐
Ein schmutziges Geschäft (Kommentar zur „neuen Ostpolitik" der westdeutschen Bundesregierung)	—,45	☐

Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin

	DM	
Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei	1,30	☐
Marx: Lohnarbeit und Kapital	1,30	☐
Lenin über die revolutionäre Proletarische Partei eines neuen Typus (Zitatensammlung)	1,10	☐
Lenin über „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats" (Zitatensammlung)	1,10	☐
Lenin über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats (Zitatensammlung)	1,10	☐
Lenin über Krieg und Frieden (Zitatensammlung)	1,10	☐
Lenin über die nationale Befreiungsbewegung (Zitatensammlung)	1,10	☐
Lenin über den Kampf gegen den Revisionismus (Zitatensammlung)	1,10	☐
Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution	2,—	☐
Lenin: Staat und Revolution	1,70	☐
Stalin: Grundlagen des Leninismus	1,50	☐

Schallplatten

	DM	
Die Internationale (Chinesisch)	5,—	☐
Der Osten ist rot / Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann	5,—	☐

Seidenbilder (Portraits)

	9,5 x 14,6 cm (—,50 DM)	27 x 40 cm (2,50 DM)	49 x 72 cm (6,— DM)
Marx	☐	☐	☐
Engels	☐	☐	☐
Lenin	☐	☐	☐
Stalin	☐	☐	☐
Mao Tsetung	☐	☐	☐
Lin Biao	☐	☐	☐
Tschu En-Lai	☐	☐	☐
Ho Chi Minh	☐	☐	☐

Portrait von Mao Tsetung (Farbig, Plastikpapier, 36 x 52 cm)	1,50	☐
Katalog für chinesische Plakate		☐
Katalog für chinesische Schallplatten		☐
Unterlagen für **Abonnements** chinesischer Periodika		
Katalog für Literatur aus der VR Albanien		☐

Bestellungen für Literatur aus der VR China in fremden Sprachen werden ausgeführt.

Preise in DM, exklusive Porto.

Bei Großbestellungen wird Rabatt gewährt!

Bestellungen an: Hans-Joachim Kühn
2000 Hamburg 19
Postfach 7691

Absender: ....

....

....

Unterschrift: ....